

TRANSKRIPTION

EXPERTENANHÖRUNG ZUR DATENSTRATEGIE AM 23.1.2020, 10 BIS 12.30 UHR, IM BUNDESKANZLERAMT

(Helge Braun)

Einen wunderschönen guten Morgen und herzlich willkommen im Bundeskanzleramt. Und ich darf zunächst ankündigen, die Kollegin Staatsministerin Bär ist auch im Zulauf. Die kommt noch. Der Platz ist noch leer. Die hat noch verkehrliche Probleme. Aber zunächst will ich mich ganz herzlich bedanken bei allen Expertinnen und Experten. Dass Sie heute Morgen zu uns gekommen sind. Dass wir die Gelegenheit haben, heute als Auftakt für die Erarbeitung einer Datenstrategie mal Ihre Meinung zu hören. Das ist uns außerordentlich wichtig. Insofern, und ich will neben Ihnen allen auch die Interessierten begrüßen. Sie, die davon mitprofitieren wollen, nämlich zahlreiche Vertreter hier im Saal unserer verschiedenen Bundesressorts. Aber auch die Öffentlichkeit über unseren Livestream. Dieser gibt Gelegenheit, dass wir alle ein bisschen lernen und profitieren von dem sehr breit aufgestellten Wissen im Raum. Aus Wissenschaft, aus Zivilgesellschaft und auch aus dem Bereich der Behörden und Verbände. Also wir sind sehr breit heute hier aufgestellt. Wir wollten uns Zeit nehmen bis 12:30 Uhr, das Thema zu diskutieren.

Und ich will von meiner Seite aus sagen: Wir schreiben jetzt das Jahr 2020. Das heißt, wir sind schon voll in einer Welt, in der Daten eine ganz zentrale Rolle spielen. Und wir sind ein sehr ausgefeilter Rechtsstaat. Das heißt in wettbewerbsrechtlicher, in datenschutzrechtlicher Hinsicht. In Fragen der Praxis in den Unternehmen. Wir fangen ja mit nichts bei null an, und trotzdem... Dann gibt es einen politischen Mainstream, der sagt: Auf der einen Seite sind wir in der Nutzung von Daten für Wertschöpfung nicht Weltmeister. Stattdessen ist da noch Luft nach oben. Auf der anderen Seite, glaube ich, suchen wir die gute Rolle, die wir gerne einnehmen wollen. Sowohl in Deutschland, wie auch in Europa. Also wenn man da ein bisschen in die Welt schaut. Also wir wollen keine Weltregion und wir wollen auch kein Land sein, in dem es übermächtige Plattformen gibt. Die sich sozusagen unserer Privatsphäre bemächtigen. Wir wollen auch kein Land sein, wo der sich Staat sozusagen der Daten und damit auch der Kontrolle seiner Bürger bemächtigt. Aber wir wollen eine Region sein, die an der digitalen Wertschöpfung... Und es gibt ja Studien, die sagen: Bis zu 60 % der Wertschöpfung der Zukunft spielt sich ab im Bereich Software und dann ja auch immer Datennutzung. Das ist eine immense Entwicklung, vor der wir da stehen. Wenn wir unseren Wohlstand halten wollen, müssen wir an dieser Wertschöpfung teilhaben.

Deshalb fangen mit unserer Datenstrategie nicht bei null an. Stattdessen hat die Bundesregierung schon zwei Kommissionen beauftragt, sich mit Teilaspekten der Datennutzung zu beschäftigen. Zum einen die Datenethikkommission, die den Abschlussbericht vorlegte und das andere war die Wettbewerbskommission 4.0. Diese hat sich mit wettbewerblichen Fragen auseinandergesetzt. Und da hat man auch gesehen: Es gibt auch natürlich auch... Man kann, wenn man sich anguckt, wie macht man es richtig, auch immer mal international gucken. Aber wir haben durch unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft, so haben wir wenig Konzernstrukturen, mehr kleinteilige Wirtschaft. Natürlich auch in Hinblick auf Kooperation und große Datenmenge, gemeinsame Datentools. Dadurch haben wir ganz andere Erfahrungen als andere Länder.

Deshalb wollen wir diese ganzen Problemfelder heute aufbereiten. Und die Erwartung an Sie ist ganz einfach. Sie sollen uns sagen, wo es langgeht, indem Sie ein bisschen die

Problemfelder skizzieren aus Ihrer Sicht. Und dass wir einfach nur mal anreißen, in welche Richtung man auch Lösungen denken kann. Und ich glaube, sozusagen für die Präzision der Diskussion ist es immer ganz gut, wenn man dabei auch ein bisschen hinzufügt. Sozusagen an wen sich eine Forderung adressiert.

Eine Gesamtdatenstrategie ist eine Strategie am Ende der Bundesregierung. Aber es ist natürlich auch irgendwie eine Strategie für Deutschland. Und deshalb brauchen wir jetzt keine Scheuklappe haben. Es gibt sicherlich auch Punkte, wo man sagt: Das muss der Staat nicht regeln, das muss die Wirtschaft machen. Es gibt Punkte, da ist es eher eine Länder- oder eine kommunale Angelegenheit. Das haben wir gerade beim Wettbewerbsrecht schon gespürt, es wird eine Menge geben, wo wir sagen: Das müssen wir dann in Europa thematisieren. Wenn man das immer, soweit man das einschätzen kann, auch zuordnet, erreichen wir ein hohes Maß an Konkretion. Und weil sich gerade manches in Europa abspielt, ist es auch unser Ziel mit der Datenstrategie, also die Frage: Was ist sozusagen Ihr Input? Wie geht es mit dem weiter?

Wir werden Ende Februar dann eine ganz breite Onlinekonsultation starten. Grundlage von all dem sind ja die Eckpunkte, die wir auf der Klausurtagung des Bundeskabinetts beschlossen haben. Die war im November in Meseberg. Unser Ziel ist es, dass die Strategie vor der Sommerpause fertig wird. Gerade eben ist das in mehrerlei Hinsicht sinnvoll. Das eine ist: Wenn wir das schaffen, haben wir noch genügend Zeit, um in der Verantwortung dieser Bundesregierung bis zur Wahl 2021 umzusetzen in eigener Verantwortung, was wir an Erkenntnis gewonnen haben. Und das zweite ist, dass wir im zweiten Halbjahr ja die Europäische Ratspräsidentschaft haben. Wenn dann Dinge sind, die in Europa zu adressieren sind, hätten wir eine gute Möglichkeit, direkt über den Vorsitz und den Einfluss auf die Agenda Dinge prominent zu platzieren. Das ist so ein bisschen die Idee dabei. Deshalb ist das eine breite Einladung. Und die gilt natürlich auch an Sie, wenn Sie im Nachgang Ideen haben. Das ist heute alles nicht abschließend, aber ein für uns sehr, sehr wichtiger erster Aufschlag. Und deshalb nochmal ganz herzlich willkommen an alle und genug der Vorrede.

Wir hatten uns das Verfahren jetzt so vorgestellt: Wir machen es so, dass wir die Experten alle bitten, ein kurzes Statement abzugeben zur Frage: Welche zentralen Probleme und Hindernisse beim Thema Datennutzung sehen Sie? Welche Maßnahmen sollten zur Lösung ergriffen werden? Wir hatten an eine harte Obergrenze von vier Minuten gedacht. Dass erst die Wissenschaft, Verbände, Wirtschaft und dann den Governmentbereich zu Wort kommen. Dass wir dann in eine hoffentlich muntere Diskussion eintreten. Und Vorschlag aus vergangenen Runden: Wir lassen alles weg, was die Bedeutung des Themas unterstreicht. Weil ich sage das immer, wenn wir im Kanzleramt zum Gipfel laden, dann ist das Thema Bedeutung quasi ex ante schon geklärt. Sonst würden wir uns alle nicht damit beschäftigen. Sondern dass wir, ich sag mal, operativ werden in der Frage: Was ist zu tun? Ja, und nochmal herzlich willkommen. Gibt es zum Ablauf des Tages noch Fragen oder zum Verfahren? Wenn das alles nicht der Fall ist, dann beginnen wir. Und wenn ich es richtig sehe, beginnen wir mit Herrn Professor Otto vom Fraunhofer Institut. Bitte schön, Herr Otto.

(Boris Otto) Ja, Herr Bundesminister Braun, herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Expertenanhörung, der ich sehr gerne gefolgt bin. Ich gebe gerne ein Statement zu dem Entwurf der Datenstrategie ab. Sie hatten es angesprochen: Bei der Ausarbeitung der Datenstrategie sind ja zwei Fragen maßgeblich. Und ich möchte auf die Erste eingehen: „Wo stehen wir beim Thema Datennutzung in Deutschland? Welches sind die zentralen

Probleme?“ Die unternehmensübergreifende Datennutzung steckt noch in den Kinderschuhen. Die deutsche und die europäische Wirtschaft verfügen über einen Datenschatz. Der kommt von Prozessdaten aus der Fertigung, oder von Nutzungsdaten aus Maschinen und Anlagen beim Einsatz beim Kunden. Aber das damit verbundene Innovationspotenzial dieses Schatzes wird bisher noch nicht gehoben.

Dafür sind viele Gründe ursächlich. Aber zu den Hauptgründen gehören eher einerseits mangelndes Vertrauen als Erstes. Beim Austausch sensibler Daten ist das Vertrauen in Geschäftspartner und Plattformanbieter nicht hoch genug in Bezug auf den gewünschten Umgang mit den Daten, um in eine gemeinsame Nutzung oder den Datenaustausch einzuwilligen. Zweitens, Interoperabilität. In vielen Fällen sind die Daten nicht gemeinsam nutzbar. Zum einen, weil die Daten selbst keinem Standard entsprechen. Aber vor allen Dingen auch keine Standards existieren für Nutzungsbedingungen an den Daten. Wir haben also keine Terms and Conditions für die Datenökonomie, wenn man so will. Dritter Punkt, Data Readiness. Also die Fähigkeit der Unternehmen, überhaupt mitzuwirken bei Datenaustausch. Selbst wenn Unternehmen willens sind, Daten zu teilen, sind sie in weiten Teilen dazu nicht in der Lage. Auf einer Skala von 0 bis 5 zur Beschreibung des digitalen Reifegrads ordnen sich 84% auf den beiden ersten Stufen, also 0 und 1 ein. Und 0 heißt analog.

Geschäftslogik multilateraler Plattformen und Ökosysteme in Deutschland und Europa finden wir in vielen Domänen nicht den einzigen alleinigen Plattformanbieter. Wir finden eine Vielzahl etwa gleich starker Akteure. Aber wer ist nun derjenige, der den Aufbau einer Plattform für gemeinsame Ökosysteme startet und damit auch vorfinanziert? Deutschland und Europa haben einige Anstrengungen ergriffen, um zentrale Probleme bei Datennutzung und -souveränität zu beheben. Hier sind insbesondere das Projekt GAIA-X und die Initiative International Data Spaces zu nennen.

Aber es sind eben weitere Maßnahmen nötig, was mich zur zweiten Frage bringt: Welche Maßnahme muss denn unbedingt ergriffen werden zur Lösung dieser Herausforderungen? Wie gesagt: Eindeutig handelt es sich um ein Maßnahmenbündel. Aber eine zentrale Maßnahme ist sicherlich technischer Natur und betrifft den Aufbau einer Dateninfrastruktur. Bei einer Dateninfrastruktur handelt es sich um eine Infrastruktur aus Softwarekomponenten und -diensten. Diese ermöglichen einerseits das leichte Teilen von Daten. Dabei gewährleistet sie die Souveränität des Datengebers, aber eben auch den Vertrauensschutz des Datennutzers. So eine Dateninfrastruktur ist ja auch bereits in der nationalen KI-Strategie halt angelegt. Wir haben eine Reihe von fundamentalen Bausteinen dafür, wie erwähnt GAIA-X und IDS. Beide Initiativen werden mit europäischen Partnern entwickelt und vorangetrieben.

Aber diese Dateninfrastruktur muss eben auch betrieben werden. Sie muss vorher da sein, bevor sich datengetriebene Innovationen darauf entwickeln. Das ist vergleichbar zu einem Infrastrukturnetz wie beispielsweise dem Autobahnnetz oder der Eisenbahninfrastruktur. Die müssen auch da sein, bevor der erste Lastwagen fährt. In diesem Sinne sollte der Staat folgende Stoßrichtung verfolgen: Unterstützung und Förderung des Aufbaus einer Betreiberorganisation dieser Dateninfrastruktur. Einforderung der Dateninfrastrukturdienste auch bei öffentlichen Ausschreibungen. Also wo der Staat selbst Nutzer ist. Auch eine weitere Förderung von datengetriebenen Ökosystemen, um diese Deadlock Situation, "Wer fängt jetzt an?", zu überwinden. Gegebenenfalls auch Förderung und Aufbau von Softwareunternehmen für Datensouveränität. Möglicherweise auch in Analogie zur

Batteriezellenproduktion, und Förderung von Standards für Datensouveränität. Sowie die Erwägung regulatorischer Maßnahmen für den digitalen europäischen Binnenmarkt. Gegebenenfalls auch im Sinne eines Datensouveränitätsacts. Damit möchte ich schließen, aber nicht, ohne nochmal die Dringlichkeit der Maßnahme zu betonen. Die Welt wird nicht auf uns warten. Ich persönlich glaube, dass wir das Heft des Handelns in der Hand halten. Aber das Gelegenheitsfenster schließt sich. Wir sollten diese Chance nutzen. Vielen Dank.

(Helge Braun) Danke schön. Frau Riphahn.

(Regina T. Riphahn) Vielen Dank! Guten Morgen! Als Vorsitzende des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten begrüße ich die Initiative der Bundesregierung. Ich danke für die Einladung.

Aus Sicht der Forschung gibt es vier zentrale Problemfelder der Datennutzung in Deutschland. Für Details verweise ich auf unser Positionspapier. Problemfeld eins: Fehlender Datenzugang. Wir haben in Deutschland gute Daten der öffentlichen Verwaltung. Aber für die Wissenschaft gibt es dazu oft keinen Zugang. Das betrifft wichtige Register und Statistiken, zum Beispiel: Melde- und Bildungsregister, Steuerdaten, Immobiliendaten und die Kriminalitätsstatistik. Auch für den Zugang der Wissenschaft zu den kommerziellen Daten gibt es noch keine geregelten Verfahren. Wir als Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten haben hierzu Vorschläge gemacht. Problemfeld zwei: Fehlende technische Möglichkeiten. Für amtliche Daten, die zugänglich sind, fehlen Cloud-Lösungen zur Auswertung. Außerdem brauchen wir Zugang via Remote Access zur amtlichen Statistik. Derzeit ist der Zugang nur mit hohem zeitlichen und organisatorischen Aufwand möglich. Und der RatSWD hat hierzu Vorschläge gemacht. Problemfeld drei: Datenqualität. Durch die Digitalisierung entstehen große Datenmengen. Ihre Qualität ist aber nicht immer gesichert. Die unreflektierte Nutzung solcher Daten ist eine Gefahr: für das Vertrauen in wissenschaftliche Forschung und auch für den gesellschaftlichen Diskurs. Problemfeld vier: Kultur des Misstrauens. Der Forschung wird seitens Politik und Behörden häufig mit Misstrauen begegnet. Daraus ergeben sich Hürden, die verhindern, dass vorhandene Daten sinnvoll verknüpft, zusammengeführt, geteilt und genutzt werden.

Zur zweiten Frage: Wir sehen Handlungsbedarf in vier Bereichen. Erstens: Der Datenzugang für die Forschung muss möglich werden. Über das Modell der Forschungsdatenzentren, FDZ nennen wir sie, können sensible Daten weitergegeben werden. Dieses Modell sollte auf viele weitere Bereiche der Verwaltung ausgeweitet werden. Dadurch können die vorhandenen Daten auch genutzt werden. Die Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistiken arbeiten gut, aber sie müssen besser ausgestattet werden. Für kommerzielle Daten brauchen wir geregelte Zugänge, die auch die Interessen der Dateneigner berücksichtigen. Eine Treuhandstelle kann hier weiterhelfen. Zweitens: Technische Lösungen müssen realisiert werden. Die angestoßenen Cloud-Vorhaben sind sinnvoll und zu fördern. Um den Zugang via Remote Access zu amtlichen Daten zu ermöglichen, brauchen wir Gesetzesänderungen und auch Pilotprojekte. Drittens: Die Qualität von Daten und ihr wissenschaftlicher Wert sollte in der Datenstrategie berücksichtigt werden. Viertens: Der Kultur des Misstrauens ist entgegenzutreten. Unser wichtigstes Desiderat hier ist, dass Datenverknüpfungen ermöglicht werden sollten. Viele wissenschaftlich und gesellschaftlich wertvolle Projekte unterbleiben aufgrund restriktiver Vorschriften. Datenverknüpfungen müssen in gesichertem Rahmen ermöglicht werden. Wissenschaft sucht Erkenntnis und ist nicht an Reidentifizierung von Individuen interessiert. Man sollte daher eine datenschutzrechtliche Privilegierung der Forschung prüfen.

Wir begrüßen die Datenstrategie und möchten zum Gelingen beitragen. Gerne unterstützen wir die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, Identifikation vitaler Datenquellen, die Gestaltung von Datenzugängen, Datenanonymisierung und die Entwicklung der Datenstruktur. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Danke.

(Helge Braun) Ja, vielen Dank. Als Nächstes Herr Marquardt.

(Wolfgang Marquardt) Ja. Herr Bundesminister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Danke für die Einladung. Gerne bin ich hier, um meine Erfahrung einzubringen in verschiedenen Funktionen. Unter anderem auch als Mitglied des Rats für Informationsinfrastrukturen. Auch in meiner Funktion als wissenschaftlicher Leiter des Forschungszentrums Jülich.

Lassen Sie mich die Frage eins und zwei zusammenziehen, nämlich die Probleme bei dem Thema Datennutzung und Lösungsansätze. Und ich beginne mit der Feststellung: Wir müssen bei dem Thema Datennutzung letztlich über den Infrastrukturstack insgesamt denken. Also von den Datenprodukten, die benutzt werden, um Wertschöpfung auch zu generieren, hin zu einer Hardwareschicht. Ich möchte nicht mit Begriffen wie Cloud operieren, sondern ganz basal die Technologie eben hier erwähnen. Welche man braucht, um überhaupt die Softwareschichten da drüber zu organisieren.

Die erste Frage ist natürlich: Haben wir... Wie weit sind wir? Da spreche ich sicher jetzt aus der naturwissenschaftlich-technisch- lebenswissenschaftlichen Sicht. Sind die Datensammlung gut organisiert? Ja, in Teilfeldern haben wir die. Da könnte ich viele Beispiele nennen. Aber wir haben Probleme. Wir haben ein Finanzierungsproblem langfristig. Wir haben keine nachhaltigen Strukturen, um diese Datensätze auch langfristig bereitzustellen. Außer in ganz wenigen Ausnahmen vielleicht. Was sehr interessant ist: Es gibt zum Teil Dateninfrastrukturen, die nicht von den Akteuren benutzt werden. Kann man Fragen: Warum? Also nicht befüllt werden und auch nicht abgefragt werden.

Was man wahrscheinlich braucht, da kann ich an meinen beiden Vorrednern auch sehr gut anschließen. Man muss Intermediäre haben, die letztlich vermitteln zwischen Datenerzeugung und -nutzung. Und die Dienste... Ob das jetzt wissenschaftlich, öffentlich finanziert oder eben privatwirtschaftlich finanziert zu denken ist. Diese Intermediäre müssen letztlich die Dienste erbringen, die es erlaubt, Datenerzeuger mit Datennutzer zusammen zu bringen. Und das Bündel an Diensten da bereitzustellen. Wir haben bei den Datenerzeugern Ängste, Daten zu teilen. In der Wissenschaft geht es um Reputationsgewinne, die einem entgehen können. In der Wirtschaft geht es um Wertschöpfung, die einem entgehen kann. Da brauchen wir definitiv einen Rechtsrahmen. Auch vielleicht Blaupausen für Kooperationsverträge, um die Rechte der Datenerzeuger auch wirklich abzusichern. Im Wissenschaftsbereich sicher auch ein entsprechendes Reputations- und Belohnungssystem.

Immer wichtiger werden übergreifende Daten. Das ist in der Industrie, Interoperabilität nannte Herr Otto, in der Industrie ist es ein altes Thema, 20 Jahre plus. In der Wissenschaft kommt das langsam auch. Mein Lieblingsbeispiel ist immer Luftqualitätsdaten und Daten über Atemwegserkrankungen. Das sind Felder, die völlig getrennt heute bearbeitet werden. Und es ist klar, dass man die hochaufgelöst in Ort und Zeit, individuell aufgelöst haben müsste, um da was zu machen. Die Aktivitäten, die laufen, GAIA-X wurde erwähnt. Im wissenschaftlichen Bereich die nationale Forschungsdateninfrastruktur. Im europäischen

Bereich OSC. Tolle Initiativen. Wird viel geredet. Wir müssen viel, viel, viel investieren und vor allem in Kooperation investieren, um diese voranzubringen.

Mein Hauptpunkt, den ich sehe, ist: All diese Initiativen werden zu stark von der Technologenseite getrieben und nicht von der Nutzerseite getrieben werden. Und das könnte ein Schuss in die falsche Richtung sein. Wir müssen also gerade bei den Initiativen sicherstellen, dass die Nutzer, die Zielgruppen, ganz stark mitbeteiligt werden.

Da komme ich gleich jetzt oder springe ich noch ganz kurz von den Datensammlungen zu den Diensten. Auch hier ist es nötig, bei Datenprodukten nicht irgendwelche Priorisierungen am Grünen Tisch zu machen. Sondern in Schlüsselfeldern, wo die Wertschöpfung greifbar ist, von hinten zu denken und dann sozusagen rückwärts zu arbeiten. Also vom Nutzer, vom Datenprodukt, rückwärts zu arbeiten. Welche Funktion brauche ich in diesem Stack vom Nutzer, vom Datenprodukt bis auf die Hardwareebene? Und auch diese Denke ist, glaube ich, in Forschung und Entwicklung viel zu wenig vertreten. Wir haben da eine zu starke Infrastrukturschicht.

Letzter Punkt, den ich gerne machen möchte. Bei Datennutzung ist das Thema fair, offene Daten ein Kernkonzept, hinter dem eigentlich, sag ich mal, die Community weitgehend steht. Vor einem Jahr, würde ich sagen, stand sie fest dahinter. Heute sieht man, dass es eine ganze Reihe von Konfliktlinien auch gibt. Und die muss man explizit machen. Und wir müssen Wege finden, mit diesen Konfliktlinien umzugehen. In einer idealen Welt würden wir sagen: Daten ist so was wie ein Global Common, die von jedermann und an jedem Ort und von jedem genutzt werden kann. Aber in der realen Welt haben wir Datenschutzregeln bei personenbezogenen Daten, glücklicherweise.

Und wir haben natürlich auch die Frage: Wo entsteht Wertschöpfung auf der Grundlage von wessen Daten in der Welt? Und ich glaube, wir müssen überlegen: Wie geht man mit diesen Konfliktlinien um: Open Data versus IP-Schutz und Verwertung und eben auch Open Data versus Datenschutz. Gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, da dran zu gehen. Vielleicht können wir darauf in der Diskussion noch kommen. Insgesamt begrüße ich sehr, dass wir hier zusammen sind, um eine Datenstrategie im Großen sozusagen uns mal zu überlegen. Weil das ist eine Riesenaufgabe, die da vor uns liegt, das abgewogen, ausgewogen, zu machen. Wie Sie es vorhin sagten, Herr Braun. Weder auf eine Seite, noch auch nicht auf die andere Seite zu fallen in diesem Spektrum. Das wird nur gelingen, wenn wir die Kräfte bündeln: Über die verschiedenen Akteurskonstellationen Wissenschaft, Wirtschaft, aber auch der öffentliche Raum. Wenn wir da gemeinsame Ziele formulieren, ganz wichtig. Bevor wir uns mit einer Fülle von Maßnahmen auf den Weg machen, die dann zur Fragmentierung führen. Vielen Dank.

(Helge Braun) Ja, vielen herzlichen Dank. Als nächstes Frau Bertschek, ZEW.

(Irene Bertschek) Ja, vielen Dank. Meine Vorredner haben schon fast alles gesagt. Ich versuche mich auf die Punkte zu beschränken, die noch ein bisschen dazu addieren. Und da möchte ich zwei Positionen einnehmen. Einmal die Position als Forscherin, die sich mit der Digitalisierung der Wirtschaft befasst. Und einmal als Wissenschaftlerin der Wirtschaftswissenschaften.

Zum Bereich Wirtschaft: Deutschland hat im europäischen Vergleich deutlich zugelegt bei der Nutzung großer Datenmengen in den letzten Jahren. Das zeigen Daten von Eurostat. Also der Anteil der Unternehmen, die Big Data analysieren, ist von knapp sechs Prozent in

2016 auf 15 Prozent in 2018 gestiegen. Wir sehen aber auch aus Daten, die wir selbst am ZEW erheben: Zahlreiche Unternehmen sehen sich durch Regulierungen beim Datenschutz in ihren Innovationsaktivitäten behindert und erschwert. Wir wissen auch aus Studien, die wir gemacht haben: Firmen, die Big Data analysieren, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, Produktinnovationen zu realisieren. Sie profitieren insbesondere dann von Big Data, wenn sie in die digitalen Kompetenzen ihrer Beschäftigten investieren. Und ich glaube, das ist ein Schlüsselpunkt, also mitzudenken. Es geht nicht nur um Zugang oder Nutzung zu Daten. Es geht auch um die Kompetenzen der Beschäftigten, die mit den Daten letztlich umgehen.

Zum zweiten Bereich, der Wissenschaft. Und hier habe ich wie auch Frau Riebhahn die Perspektive der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Ich unterstütze alle Forderungen, die Frau Riebhahn genannt hat, also ohne Einschränkung, absolut richtig. Ich möchte vielleicht nochmal drei kleine Punkte erwähnen. Einmal die Verknüpfbarkeit von Daten, die Sie erwähnt haben. Also von Daten, von Individualdaten, von Unternehmen und Personen. Das ist sehr schwierig, wenn diese Daten in unterschiedlichen Behörden oder Ministerien angesiedelt sind. Dann ist praktisch die Verknüpfung dieser Daten nicht möglich. Der zweite Punkt betrifft Löschungspflichten. Dies gilt für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Forschungseinrichtungen, die Daten von anderen Datengebern nutzen. Sie sind verpflichtet, die Daten nach Beendigung des Forschungsprojekts zu löschen. Das widerspricht den Standards wissenschaftlichen Arbeitens, beziehungsweise den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, wie sie die deutsche Forschungsgemeinschaft den Forschenden auferlegt und zu denen diese sich verpflichten. Warum ist das wichtig? Wir erwarten in der Wissenschaft, dass Forschungsergebnisse replizierbar und nachprüfbar sind. Und das erschwert sozusagen die Möglichkeit der Replizierbarkeit und Nachprüfbarkeit.

Ein ähnliches Problem haben wir bei Daten, die aus dem Internet erhoben werden. Frau Riebhahn hat es auch angesprochen. Durch die Digitalisierung ist es leichter, jetzt Daten direkt im Internet zu erheben. Beispielsweise über Web Scraping Methoden: Also Daten von digitalen Plattformen zu erheben und für Forschungszwecke zu nutzen. Auch hier bestehen Löschungspflichten. Beziehungsweise die Daten müssen nach dem Urheberrecht nach Beendigung des Projekts gespeichert oder archiviert werden, zum Beispiel in Archiven oder in öffentlichen Bibliotheken. Das heißt: Sie sind nicht einfach zugänglich oder können nicht einfach weitergegeben werden. Auch nicht für die Wissenschaft und für die Nachvollziehbarkeit und Replizierbarkeit von Ergebnissen. Das heißt, Petition ist hier: Die Regeln für die Nutzung von Daten müssen so umgesetzt werden, dass sie im Einklang sind mit Regeln für "gute wissenschaftliche Praxis". Danke schön.

(Helge Braun) Vielen herzlichen Dank. Das war sozusagen die Stimme der Wissenschaft. Jetzt kommen wir zu Verbänden, Organisationen, Zivilgesellschaft und Thinktanks. Und wir beginnen mit Frau Zweig von der TU Kaiserslautern, Algorithm Watch.

(Katharina A. Zweig) Schönen guten Morgen. Katharina Zweig, danke für die Vorstellung. Danke an die Einladung, Frau Ministerin, Herr Minister. Ja, ich werde oft gefragt, ob wir schon abgehängt sind in der Datenfrage, in der KI-Frage, von China und USA. Und ich glaube, dass wir hier nicht genug Selbstbewusstsein haben. Was wir in unserer Forschung sehen: Daten, die man in anderen Kulturen erhebt, sind nicht auf uns übertragbar, sofern es um personalisierte Empfehlungsalgorithmen geht. Und das ist der ganz große Bereich von Werbung, Produktempfehlung bis hin zu Newsfiltern, bis hin zu personalisierter Medizin.

Der erste Punkt ist, dass man aus Daten anderer Kulturen nichts über das deutsche und europäische Verhalten lernen kann. Ergo bedeutet das, dass wir einen Markt von 500 Millionen Bürgern haben. Der ist nicht übersehbar. Und das bedeutet, dass wir deutlich weniger zahn sein könnten in der Art und Weise, wie wir mit unseren Daten umgehen wollen. Und das heißt, wir können diktieren, wie aus unseren Daten gelernt werden darf. Wie es im Moment passiert, wissen wir alle. Die Daten werden zentral gesammelt und dann für alles Mögliche verwendet. Damit werden wichtige Grundrechte von uns missachtet. Zum Beispiel die Datensparsamkeit oder die Zweckgebundenheit der Daten. Mein Vorschlag ist daher, dass auf deutschen und europäischen Daten zum Ziel der personalisierten Empfehlung nur dezentral gelernt werden darf. Das heißt, das sind andere Techniken, andere Technologien als die, die wir bisher sehen. Die sind noch nicht so stark erforscht. Das heißt, hier gibt es eine Forschungslücke. Denn die bisherigen Forschungen scheinen anzuzeigen, dass man vielleicht etwas weniger gut lernt. Es ist auf jeden Fall aufwendiger, wenn die Maschine zu den Daten kommt. Wenn sie dort etwas lernt und damit weitergeht zum nächsten Ort, um da zu lernen. Die Stichwörter, unter denen Sie diese Technologien finden, sind Federated Learning oder Differential Privacy Ansätze. Ich glaube, das wäre eine radikale Idee.

Was hätte das für Vorteile? Wir hätten keine Datensammlungen mehr im Ausland. Wir könnten die Zweckbindung und Datensparsamkeit leichter durchsetzen. Die Durchsetzbarkeit dieser Idee ist nochmal getrennt zu diskutieren. Aber das ist ja bei all diesen komplexen Dingen so. Was ich auch sehr spannend finde: Wenn die Daten hier wären und hier blieben, dann könnte man eine Besteuerung des Lernerfolges hier vornehmen. Denn wir wüssten, wenn die Maschine kommt, hat sie eine solche Lernqualität. Dann lernt sie hier. Dann können wir messen, um wie viel sich das verbessert hat. Und ich glaube, dass das ein zu versteuerndes Gut sein könnte. Was ist dazu notwendig? Sicherlich können wir alle auf unseren Smartphones nicht genügend Akku und Rechenpower haben, damit die Maschine hierher kommt und hier direkt lernt.

Das heißt, wir brauchen eine Dateninfrastruktur, eine Hardwarestruktur, Trusted Data Center. Ich glaube, dass wir auch mehr darüber nachdenken müssen, ob nicht die Datenverarbeitung tatsächlich etwas kosten muss. Das vielleicht im Gegensatz zu dem, was Frau Kollegin Riebhahn gesagt hat. Denn es gibt eine große rote Linie. Wir dürfen keine Dateninfrastrukturen aufbauen, die ausnutzbar ist, wenn ein Staat sich den Bürger wendet. Wir hatten gerade erst den 75. Jahrestag der Wannseekonferenz. Stellen Sie sich vor, was passiert wäre mit zentralen Datenregister über Gesundheitsdaten, Religionszugehörigkeiten und Suchergebnissen. Das heißt, ja, vielleicht müssen wir Daten zugänglicher machen. Aber vielleicht muss es tatsächlich auch etwas kosten, und zwar physisch kosten, diese zu verarbeiten. Und ich könnte mir vorstellen, dass Verschlüsselungstechniken dafür sorgen könnten. Dass das bewusster wird, dass Datennutzung schwierig ist und eben nur in bedingten Fällen nutzbar ist. Ob wir für unsere Forschung da dann ein Privileg brauchen, ist sicherlich gesondert davon zu besprechen. Mir geht es da vor allen Dingen um Daten, die auch zur Straftatuntersuchung genutzt werden könnten. Da sollte man darüber nachdenken, ob man die verschlüsselt ablegt, so dass es physisch schwieriger wird, an diese Daten heranzukommen. Vielen Dank.

(Helge Braun) Danke schön. Und jetzt Frau Müller von D21.

(Lena-Sophie Müller) Herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Minister Braun, liebe Staatsministerin. Ich freue mich, dass ich für die Initiative D21 die Eckpunkte der

Datenstrategie der Bundesregierung mit dem Blick auf die digitale Gesellschaft kommentieren darf. Ich möchte gerne auf zwei Perspektiven eingehen. Eine ist die Perspektive des Staates und das andere die der gesellschaftlichen Veränderungen, die damit einhergehen.

Ich beginne mit dem Staat. Da sehe ich zwei wichtige Handlungsfelder. Nämlich einmal den Datenzugang des Staates. Als zweites die strategische Datennutzung durch den Staat in Richtung eines Data Driven Governments. Zuerst zwei Punkte zur Datennutzung. Wir haben es schon gehört und auch die ganze Open Data Diskussion der vergangenen Jahre hat diese Themen ausführlich behandelt. Der Staat hat enorm viele Daten. Sie liegen an vielen Stellen nicht in maschinenlesbarer Form vor. Es ist bisher nicht möglich, einen Datenfluss zu schaffen über die verschiedenen föderalen Ebenen oder über die Ressorts hinweg. Das ist sicher ein Handlungsfeld, das man angehen sollte. Ein großes Potenzial liegt darin, die Weichen so zu stellen, dass die Daten des Staates quasi befreit werden, diese Fragmentierung aufgehoben wird und der Staat Zugang zu den eigenen Daten hat. Der zweite Aspekt bei der Datennutzung ist aber auch, dass der Staat vorausschauend fragen sollte: Wo sind relevante Datenpools, die mir neue Erkenntnisse geben? Wo vielleicht neben der eigenen Erhebung der Zugang zu diesen Daten sehr relevant für die staatliche, hoheitliche Aufgabenerfüllung wäre. Das kann zum Beispiel neue Erkenntnisse für die kluge Erfüllung der Daseinsvorsorge sein. Und der Staat hat aus meiner Sicht auf allen föderalen Ebenen hier einen sehr wichtigen Hebel. Denn er ist Auftraggeber für sehr, sehr viele Dienste. Er beschafft viele Aspekte oder er genehmigt auch viele Themen. Man könnte hier über die Festlegung von bestimmten Lizenzen direkt schon die Regelung über die zukünftige Datennutzung mit verankern. Dann hätte man hier die Möglichkeit, dass der Staat agiert als Akteur. Er kann Daten demokratisieren und Daten dem Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Das ließe sich zum Beispiel darüber regeln, dass man von vornherein ein Datennutzungsrecht auch auf staatlicher Seite initiiert.

Wir wissen natürlich heute, dass wir aus den Erkenntnissen aus Daten ja, ganz neue, bessere Politik machen könnten. Wenn wir uns überlegen, dass wir zum Beispiel im Bildungsbereich nicht nur eine Schule angucken. Wir könnten uns das gesamte Ökosystem anschauen und uns nicht nur fragen: „Hat die Schule Internet?“ Wo wohnen die SchülerInnen? Ist dort die Abdeckung gegeben, sodass auch Hausaufgaben mit Hilfe des Internets gemacht werden können? Wie überhaupt die Verkehrsbildung ist. Wie weiter Bildungsangebote vor Ort sind. Das sind alles Aspekte, die wir eben auch schon gehört haben, die in der Verschneidung von verschiedenen Datenquellen liegen. Da liegt aus meiner Sicht eine ganz wichtige Rolle des Staates, genau diese Daten zu demokratisieren. Guckt man sich Erhebungen an, zum Beispiel von Open Data Watch, sieht man: Genau die Sozialdaten sind solche Aspekte, die bisher nicht in maschinenlesbarer Form vorliegen. Wir kommen in ein Ökosystem, in dem der Staat nicht nur Daten erfasst und Datenstrategie und Datenzugang für andere Akteure gewährleistet. Sondern er demokratisiert auch für sich selbst Zugang zu diesen Daten. Er wird selbst zum klugen Nutzer dieser Daten und kann damit eine bessere Politik für die Gesellschaft gestalten.

Das bringt mich zu dem zweiten Aspekt: Die gesellschaftlichen Veränderungen, die mit einer Datengesellschaft einhergehen. Aus meiner Sicht fokussieren die Eckpunkte aktuell sehr stark auf Daten als Ressource, die man nutzen, erheben kann. Aber noch zu wenig auf den Aspekt der Wirkung dieser Daten. Ich plädiere deswegen dafür, dass wir uns bewusst machen: Alle technologischen Entwicklungen gehen immer mit gesellschaftlichen

Veränderungen und Anpassungsprozessen einher. Es ist glaube ich außer Frage, dass wir Menschen alle von der Datennutzung profitieren können. Wenn wir ins Gesundheitswesen schauen, alles, was da möglich wird an neuen Erkenntnissen. Aber wir verändern mit dem Pfad einer Datengesellschaft auch die Art und Weise, wie wir Entscheidungen zukünftig treffen. Auf welche Art und Weise wir uns auf Informationen verlassen. Wir treten ein in Entscheidungen, die einfach sehr viel stärker datengeprägt sind und auf Analysen beruhen. Und das birgt auch Risiken. Zum einen, weil es bisher so war, dass einzelne Entscheidungen einzelne Personen betroffen haben. Legen wir aber Software und Algorithmen zugrunde, betrifft das immer eine große Gruppe. Damit einher geht eine größere Verantwortung. Jetzt wissen wir alle, wir Menschen sind kognitive Faulpelze. Wir hinterfragen ungerne Dinge, die logisch und sachlich erscheinen. Aber genau da liegt das Risiko in der Datengesellschaft. Wir laufen auch Gefahr, dass wir Automation Bias oder Data Bias aufsetzen. Dass wir nicht hinterfragen: Wie können wir mit dieser Herausforderung umgehen?

Aus meiner Sicht müssen wir der Gesellschaft im Datenzeitalter die notwendigen Kompetenzen vermitteln. Der Ausbau von Digitalkompetenzen, vor allem Data Literacy, steht am Anfang der Bemühungen. So würde ich den Status Quo mal einsortieren. Die Vermittlung muss aber eine ganz obere Priorität haben. Und sie muss aus unserer Sicht auch rollenspezifisch erfolgen. Die Menschen, die mit Daten arbeiten, brauchen andere Kompetenz als zum Beispiel die Bevölkerung, die bestimmte Daten nutzt. Finnland ist mit einer guten Maßnahme vorangeschritten. Es hat sich ein ehrgeiziges, messbares Ziel gesetzt: Ein Prozent der Bevölkerung mit Grundkompetenzen im Bereich der Künstlichen Intelligenz auszustatten. Die Bevölkerung soll mitreden können, dass sie diese neuen Logiken versteht. Es hat auf EU-Ebene beschlossen, das Ganze für alle europäischen Länder zur Verfügung zu stellen. Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft und könnte den klugen Weg fortsetzen, das Ganze um Komponenten der Data Literacy ergänzen. Und sicher kann man auch auf nationaler Ebene überlegen, dass es in der Vergangenheit schon Überlegungen gab, dass eine Zentrale für politische Bildung für gut befunden wurde. Vielleicht müssen wir auch bundesweit Aktivitäten Richtung einer Zentrale für digitale Bildung haben.

Als Fazit: Die Erstellung einer Datenstrategie für Deutschland ist eine sehr, sehr sinnvolle Initiative. Auch, sie aus so vielen Perspektiven zu berücksichtigen. Denn darüber können wir das volle Potenzial für unser Land und unsere Gesellschaft heben.

(Helge Braun) Vielen Dank. Dann Herr Dachwitz von netzpolitik.org.

(Ingo Dachwitz) Sehr geehrter Herr Minister Braun, sehr geehrte Frau Bär, vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, heute eine zivilgesellschaftliche Perspektive einzubringen. Wir sollten nicht besprechen, wie wir mit noch mehr Daten Innovation ermöglichen. Ich würde aus dieser Perspektive lieber fokussieren, welche Innovationen wir als Gesellschaft wollen. Wie es mehr von der Art werden, die dem Gemeinwohl dienen.

Daten sind in der digitalen Gesellschaft nicht nur Wirtschafts-, sondern Machtfaktor. Sie können der Ermächtigung vieler, aber auch ihrer Entmündigung dienen. Die Datenstrategie der Bundesregierung muss Ersteres ermöglichen und vor Zweiterem schützen. Oder wie der Chaos Computer Club es vor mehr als 30 Jahren in der Hackerethik formulierte: "Öffentliche Daten nützen, persönliche Daten schützen." Wenn heute die Rede von Daten ist, fühlen sich die meisten in Deutschland weder ermächtigt noch geschützt. Statt an Innovation denken sie an Geheimdienste, an Kriminelle, an Stalker, an das, was Shoshana Zuboff

Überwachungskapitalismus nennt: Die unkontrollierte Analyse ihres Verhaltens durch Unternehmen. Die Datenstrategie soll Akzeptanz finden und ihr Ziel einer offenen Datenkultur erreichen. Dafür darf sie nicht nur nach der Infrastruktur und der Standardisierung fragen. Sie muss auch diesem Misstrauen in die Digitalwirtschaft und Politik begegnen.

Ursachen liegen meiner Meinung nach aber in der bisherigen Datenpolitik der Regierung. Die Menschen sind verunsichert über spionierende Apps und datengetriebene Manipulation à la Cambridge Analytica. Währenddessen fordern prominente Regierungsmitglieder wie die Bundeskanzlerin oder der Gesundheitsminister die BürgerInnen auf: Sie sollen ihre Bedenken in Sachen Datenschutz über Bord werfen und freigiebiger mit ihren Daten werden. Gleichzeitig mauert der Staat dort, wo er selbst Daten geben soll. Halbherzig sind die Bemühungen der Regierung im Bereich Offenheit. Das schwache Open Data Gesetz bleibt weitgehend wirkungslos. Gleichzeitig blockiert das Bundesinstitut mit Urheberrechtsvorwürfen Aktivisten, die ein staatliches Gutachten zum Krebsrisiko von Glyphosat zugänglich machen wollten. Wenn Sie nach dem zentralen Problem beim Thema Datennutzung in Deutschland fragen, sage ich: Es ist Ihre eigene Politik. Wer von Daten nur als Rohstoff spricht, sie Öl oder Gold der Zukunft nennt, darf sich nicht wundern, dass Unternehmen sie lieber horten als zu teilen und auch Menschen an Datenausbeutung denken, wenn die Bundeskanzlerin von Datenreichtum spricht.

Will die Bundesregierung die Probleme bei der Datennutzung beheben, braucht es nicht weniger als einen Paradigmenwechsel. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen: Erstens: Eine Voraussetzung für eine offene Datenkultur ist, dass sie im Grundrecht auf Datenschutz Grenzen findet. Vertrauen erwirkt man durch Regeln und deren effiziente Durchsetzung. Wollen Sie, dass BürgerInnen Ihrer Datenstrategie und möglichen Datentreuhändern vertrauen? Dann ist der Datenschutz nicht Ihr Feind. Zweitens: Verabschieden Sie sich vom Fokus auf personenbezogene Daten. Silicon Valleys Überwachungskapitalismus hat in der EU keine Zukunft. Dieser gibt für die deutsche Wirtschaft keinen Sinn, weil deren Stärke in der Industrie, im Mittelstand und im Export liegen.

Drittens: Damit diese Neuorientierung gelingt, braucht es erhebliche Anstrengungen im Bereich Anonymisierung. Von anonymisierten Daten zu reden, ist leicht. Sie aber herzustellen, ist schwer. Ohne in die technischen Details zu gehen: Die Forschung zeigt, langfristig sichere Anonymisierung gibt es eigentlich gar nicht, höchstens temporäre. Statt zu hoffen, dass man Datensätze durch Löschung von Identifiern anonymisieren kann, muss man Anonymisierung in Systemen und Prozessen denken, zu denen auch klare Löschfristen gehören. Hierfür braucht es Standards und Kontrolle und viel mehr Forschung, wie das praktisch umgesetzt werden kann. Viertens: Eine Voraussetzung für Datennutzung ist das Vertrauen aller Akteure in die Integrität der genutzten Infrastruktur. Das fällt schwer, solange die Bundesregierung auf der einen Seite IT-Sicherheit stärken will. Andererseits fordert sie Hintertüren zu verschlüsselten Datentransfers und will Staatstrojaner nutzen. Diese erfordern, dass staatliche Stellen Sicherheitslücken offen lassen und selbst horten.

Fünftens: Soll der Staat Vorreiter in Sachen Open Data sein, ist der einzige Weg dahin ein echtes Transparenzgesetz. Staatliche Stellen müssen proaktiv und zeitnah Informationen und Daten in maschinenlesbarer Form veröffentlichen, die nicht aus sehr gutem Grund geheim bleiben müssen. Sechstens: Um mit der Open Data Kultur ernst zu machen, reicht ein Gesetz nicht aus. Es braucht einen Kulturwandel. Jedes Ministerium braucht eine

Transparenz- und Open-Data-Strategie. Jede Behörde, jedes Unternehmen, Public Private Partnership auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Ebenso braucht es Personal, das dies umsetzt, Weiterbildung und klar definierte Arbeitsabläufe und entsprechende Tools zur Veröffentlichung. Ein Open Data Institut nach britischem Vorbild könnte helfen. Siebtens: Nutzung des Vergabe- und Beschaffungswesens als Steuerungsinstrument für eine offene und gemeinwohlorientierte Datenpolitik. Das hieße: Public Money, Public Good. Wo öffentliches Geld reinfließt, müssen offene Daten, offener Code und freies Wissen rausfließen.

Achtens: Nutzen Sie auch die Forschungs-, Entwicklungs- und Wirtschaftsförderung als Instrument. Datenschutz, Open Data und Anonymisierungstechnologien sollten nicht wissenschaftliche Förderschwerpunkte sein. Sie könnten Kriterium in der Startup-Förderung werden. Und zuletzt, neuntens: Teilhabe aller an offener Datenkultur braucht mehr als nur Bildung. Es braucht Unterstützung für die klassische Zivilgesellschaft, selbst noch mehr Kompetenzen im Datenbereich aufzubauen. Und damit komme ich tatsächlich auch zu meiner abschließenden Bitte. Wenn Sie die bessere Nutzung von Daten zum Wohle aller wollen, wie es im Eckpunktepapier steht, dann reden Sie im Strategieprozess bitte auch diesen vielen. Sprechen Sie mit der Zivilgesellschaft. Ich weiß, dass ein Novum ist, dass ich für Netzpolitik hier bin. Es gibt aber noch mehr Kompetenz und Erfahrung der digitalen Zivilgesellschaft. Ich gebe Ihnen gerne eine Liste mit Kontakten und Empfehlungen von Organisationen, die Sie ansprechen können.

(Helge Braun) Vielen Dank. Und dann Frau Dehmel, Bitkom.

(Susanne Dehmel) Ja, vielen Dank. Was sind die Probleme der Datennutzung in Deutschland? Mit der Digitalisierung von den Daten, die wir haben, sind wir noch nicht so weit, wie wir sein wollen. Neben diesen allgemeinen Faktoren, gibt es natürlich genug, eigentlich schon genügend Daten, die genutzt werden können. Es passiert aber noch lange nicht in dem Umfang, der eigentlich für die Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich wäre aus unserer Sicht.

Woran liegt das? Ein großer Grund, er ist auch schon angeklungen, ist aus unserer Sicht Unsicherheit. Unsicherheit bei Unternehmen und auch bei Behörden. Die wissen gar nicht, was sie genau mit den Daten machen dürfen und in welchen Fällen sie sie teilen dürfen und wann nicht. Woraus ergibt sich diese Unsicherheit? Die entsteht zum großen Teil aus einer Rechtsunsicherheit, die insbesondere im Datenschutzrecht besteht. Die entspringt auch beim Stichwort „Datenteilen“ aus dem Kartellrecht. Und aus mangelnder Erfahrung in Bezug auf vertragliche Regelungen zur gemeinsamen Datennutzung. Wie man umgeht mit Geschäftsgeheimnissen und IP-Rechten in solchen Projekten. 68% der deutschen Unternehmen sagen: Die Rechtsunsicherheit sei bei der Datenschutzgrundverordnung das größte Problem für sie. Und jedes siebte Unternehmen sagt: Innovative Projekte sind schon an unklaren oder entgegenstehenden Datenschutzvorschriften gescheitert. Der zweite Grund steht damit in engem Zusammenhang. Denn aus dieser Rechtsunsicherheit ergibt sich ein hohes auch wirtschaftliches Risiko. Wenn ich mir im Datenschutz auf der einen Seite nicht klar bin, wo liegen die Grenzen von bestimmten Regelungen? Was darf ich tatsächlich tun? Auf der anderen Seite habe ich bei Datenschutzverstößen mit Sanktionen in Millionenhöhe zu rechnen. Daraus... Und Ähnliches ist im Kartellrecht. Wenn ich dort was falsch mache, habe ich auch sofort mit großen Sanktionssummen und enormen Imageschäden zu kämpfen. Der dritte Grund: Auch die Daten, die wir eigentlich eben von Seiten gerade der öffentlichen Hand haben, die man frei nutzen könnte, da ist Bereitstellung und der Zugang

noch zu wenig forciert. Unternehmen finden Daten, die sie suchen, im Zweifel nicht, weil es kein einheitliches Datenportal in Deutschland gibt. Es gibt keine einheitlichen Schnittstellen bei den vorhandenen Portalen. Es gibt auch wenig Orientierung bundeslandübergreifend. Und es fehlt einfach in vielen Behörden generell noch an einer gelebten Open Data Kultur.

Was können wir tun? Eine Maßnahme wird sicherlich nicht reichen. Ich nenn zunächst eine: ich würde mir wünschen, dass die öffentliche Hand im Rahmen der Datenstrategie und Digitalisierungsstrategie eine Vorreiterrolle einnimmt. Sie muss bei der Verfügbarmachung von Daten vorantreiben, dass die Anbindung aller Open Data Portale an ein nationales Datenportal, an so eine Art Datenfonds geschieht. Sie muss Orientierung bieten, wo welche Daten zu finden sind. Sie muss die Prinzipien Open by Default, Open by Design aus dem Open Data Gesetz des Bundes konsequent verfolgen. Damit erzielt sie eine Hebelwirkung für eine Vielzahl von Sektoren und Unternehmen, die daraus dann Innovation ermöglichen können. Damit könnte man auch Erfahrungen im Umgang mit solchen Projekten und der Öffnung von Daten sammeln. Man kann im öffentlichen Sektor Nutzungsverträge etc. etablieren, die dann auch weiter genutzt werden können in anderen Bereichen. Parallel kann man das Problem der Rechtsunsicherheit angehen. Es gibt diese Konflikte. Da müssen wir gesetzlich was tun. Schaffung expliziter Erlaubnistatbestände für bestimmte Nutzung wie zum Beispiel Forschungsaktivitäten. Oder die Erleichterung der Nutzung von pseudonymisierten, anonymisierten Daten. Mehr Forschung, Förderung für diese technischen Verfahren zu mehr Datensicherheit sind wichtig. All das ist aus meiner Sicht vorrangig anzugehen. Bevor man über so eingriffsintensive Maßnahmen, wie zum Beispiel Datenzugangsrechte in der Breite der Wirtschaft andenkt. Wenn überhaupt kann man das bei bestehendem Marktversagen in einzelnen Sektoren andenken. Danke.

(Helge Braun) Ja, vielen Dank. Die nächste Runde geht jetzt an die Wirtschaft. Und da beginnt Herr Post von Festo.

(Peter Post) Ja, Herr Bundesminister, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe mich sehr gefreut, dass wir heute hier auch aus Sicht der Plattform Industrie 4.0, einige Dinge zu diesem wichtigen Thema der gemeinsamen Datenstrategie beitragen können. Und ich möchte mich nahtlos an die Ausführungen von dem Herrn Otto anschließen. Die systematische Datennutzung und Integration datenbasierter Werkzeuge, das sind die Voraussetzung für langfristigen, nachhaltigen Erfolg auch deutscher Wirtschaftsunternehmen. und die erfolgreiche Umsetzung von Industrie 4.0-Anwendungen. Wir brauchen dieses, um Produktionsprozesse zu optimieren, im Detail bezogen auf verschiedene Kriterien. Um ganze Wertschöpfungsnetzwerke und Partner in den Netzwerken miteinander zu verbinden und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Wir brauchen ein tragfähiges Konzept für die Sammlung, Speicherung und Auswertung der vielen Daten, die on premise entstehen. Um sie in der... On edge zu verarbeiten und in Cloud-Systemen und -lösungen zu verarbeiten. Und dabei ist Digital Trust die Grundvoraussetzung für neue, datenbasierte Lösungsansätze und diese Geschäftsmodelle.

Wir brauchen eine vertrauenswürdige und sichere, aber auch leistungsfähige Dateninfrastruktur als Basis für Digitaltransformation in der Industrie. Das nicht nur hier in Deutschland, sondern auch darüber hinaus in Europa. Heute dominieren Cloud-Anbieter aus Amerika oder China mit schnell skalierenden Infrastrukturen den globalen Markt. Sowie viele Lösungen, die hier angeboten werden. Viele Privatpersonen und auch Unternehmen haben gleichermaßen ein mulmiges Gefühl. Wer macht ohne mein Wissen etwas mit meinen Daten? Kann ich morgen noch auf meine Daten zugreifen? Es fehlt das digitale Vertrauen.

Und das ist hinderlich in der Umsetzung und dem Transfer von digitalen Lösungen in der Industrie.

Deswegen unterstützt und fordert auch die Plattform Industrie 4.0 den Aufbau einer sicheren und verteilten Dateninfrastruktur in Deutschland und Europa. Wobei aus unserer Sicht mit GAIA-X ein Schritt in die richtige Richtung einer souveränen Dateninfrastruktur angestoßen wurde. Aber wir brauchen auch die anderen Akteure außerhalb der Industrie als die bereits angesprochenen Zielgruppen. Nämlich Verwaltung, Gesundheit, Mobilität und so weiter. Sie müssen dringend ihren Beitrag leisten, um von vornherein das ausreichende Skalierungspotenzial darzustellen. Wir brauchen also eine vertrauenswürdige, eine sichere, eine leistungs- und wettbewerbsfähige Dateninfrastruktur für Europa. Eine, die sich an europäischen Werten orientiert. Das heißt: Europäischer Datenschutz, Authentizität und Vertrauen, Modularität und die angesprochene Interoperabilität von entsprechenden Komponenten.

Ganz wichtig ist hier die Datensouveränität. Also die selbstbestimmte Kontrolle der Unternehmen, aber auch Bürgerinnen und Bürger über ihre gespeicherten Daten. Sowie die Entscheidung darüber, wer darauf zugreifen darf und wer nicht. Die Betonung liegt dabei auf offenen, aber sicheren Ökosystemen, der durch Vielfalt und Pluralität und Dezentralität geprägten mittelständischen Landschaft, die wir hier in Europa haben. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Verknüpfung millionenfacher intelligenter autonomer Systeme, für die Implementierung der Lösungen, die wir durch die Künstliche Intelligenz geboten kriegen. Konkreten Nutzen sehen wir. Ich möchte einfach drei ganz kurze Beispiele aufzeigen. Den sicheren Austausch und die gemeinsame Nutzung von Maschinendaten beim sogenannten Condition Monitoring zwischen allen Beteiligten: Dem Komponentenhersteller, dem Anlagenbauer und dem Anlagenbetreiber. Die herstellerübergreifende Integration und Vernetzung von autonomen intelligenten Komponenten in heterogenen Produktionsumgebungen für neue datenbasierte Mehrwertssysteme. Die Verbesserung von Transparenz und Steuerungsfähigkeit von komplexen Zulieferketten. Ganz komplexe Systeme, die hier effizienter arbeiten können durch Nutzung von Daten.

Und diese Daten müssen nicht nur sicher sein, sondern es braucht eine digitale Infrastruktur, die auf internationaler Offenheit und Partnerschaft basiert. Für uns, hier spreche ich für die Plattform Industrie 4.0, und für das Industrieunternehmen Festo. Für uns sind Sicherheit und Vertrauen die Grundvoraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung von neuen Geschäftsmodellen mit einer transparenten Nutzung unterschiedlichster Daten in einem verzahnten Ökosystem. Und ich möchte zum Schluss nochmal hinweisen auf GAIA-X als vernetzte Dateninfrastruktur, als Wiege eines vitalen europäischen Ökosystems. Wir haben begonnen damit. Hoffentlich ist es damit nicht zu spät. Ich hoffe, dass es gelingt, dass durch die gemeinsame Aktion aller beteiligten Akteure hier Schlagkraft entwickelt wird, damit wir diese Dinge voranbringen. Wir brauchen auch außerhalb der Industrie weitere Akteure, um dieses Thema voranzutreiben. Herzlichen Dank.

(Helge Braun) Vielen, vielen Dank. Jetzt Herr Peylo, Bosch.

(Christoph Peylo) Herr Minister Braun, Frau Staatsministerin Bär, meine Damen und Herren. Danke für die Einladung. Ich versuche möglichst kompakt, aber auch differenziert zu sein. Die erste Frage betraf die Positionierung, also Datennutzung und die zentralen Probleme. Bei den Daten müssen wir zwischen zwei Datenarten differenzieren. Einmal

Daten als Eindrücke oder Befunde aus Verhältnissen der physischen Welt. Diese werden über Sensoren erfasst, digitalisiert und können dann weiterverarbeitet werden. Diese möchte ich als Primärdaten bezeichnen. Da steht Deutschland gar nicht schlecht da. Beispielhaft könnte man hier die Automobilindustrie und Zulieferindustrie als Ganzes und die Bosch-Gruppe nennen. Diese nimmt mit ihrer Sensorik eine sehr führende Position ein. Deutschland ist in dem Bereich der Primärdatenerfassung gut aufgestellt. Ich möchte das als Sekundär- oder als abgeleitete Daten bezeichnen. Das sind Daten, die angereichert werden durch Anreicherung und inhaltliche Weiterverarbeitung, einschließlich Lern- und Schließprozesse, also so Reasoning. Da ist das Bild wesentlich problematischer.

Das möchte ich im Wesentlichen als große Herausforderung nennen. Auch dort, wo wir schon öffentliche Datenrepositorien haben, die auch von der Wissenschaft zum Trainieren verwendet werden, ist die Urheberschaft für jedes abgelegte Datum nicht immer klar. Das gilt auch, wenn es Open Source Datenbanken sind. Das heißt, aus Industrieperspektive kann das nicht verwendet werden. International bringt es einen in eine schwierige Position, wenn alle anderen so etwas verwenden. Innerhalb von Deutschland oder als deutsches Unternehmen, als europäisches Unternehmen, hat man einen echten Nachteil, wenn man sich quasi als einziger "an die Regeln hält". Das ist eine Herausforderung.

Öffentliche Datenrepositorien, die Daten beinhalten, die man verwenden kann, wären ein sehr starkes Desiderat. Dann die DSGVO, die wir grundsätzlich bejahen. Das ist etwas sehr Gutes und ein mächtiges Instrument. Hinsichtlich der Anwendung überfordert es aber noch manche. Das hat Schwierigkeiten und erfordert viel Kompetenz, eine aufwendige und komplexe Struktur zur Datenhaltung, zur Datenspeicherung, auch Nichtmonotonie-Eigenschaften. Das heißt also, ein Datum, das aus einem Trainingssatz war, muss eventuell auch wieder entfernt werden. Das macht diese Lern- und Trainingsprozesse sehr kompliziert und damit auch sehr teuer und aufwendig. Auch da wünschen wir uns ein dringendes Desiderat. Ich glaube, das ist nicht nur im Sinne der Industrie, sondern auch der Wissenschaft und Forschung. Es muss Handreichungen geben, die einen kompakten Überblick über die Erwartungen der Aufsichtsbehörden geben. Sie sollen Best Practices vorstellen, an denen man sich entlanghangeln kann. Das würde unglaublich viel helfen.

Dann als dritte Herausforderung: Man muss diagnostizieren, dass es uns insgesamt bei geeigneter Infrastruktur fehlt. Bei dem Wachstum von der KI und der Durchbruch von KI in ganz vielen Anwendungen gab es materielle Grundlagen, die das verstärkt haben. Speicher ist billig geworden. Rechenkapazität ist billig geworden. Und auch die Verbindungen, also Internet. International, im Vergleich zur Relation zu anderen, hat sich hier unsere Lage und die Kostenposition verschlechtert. Das heißt, diese Grundlagen, die dieses Wachstum beflügelt haben, geschaffen haben, die gehen uns jetzt verloren. Auch an dieser Stelle müsste dringend nachjustiert werden.

Zu den Maßnahmen, die also unbedingt getroffen werden sollten, um die angesprochenen Herausforderungen lösen zu können: Ich empfehle die Weiterentwicklung des geltenden Rechts in der Form, dass Open Data Ansätze, dass der Zugang erleichtert wird. Das gilt gerade für Daten, die von der öffentlichen Hand erhoben wurden. Um den Austausch von Daten von Unternehmen oder Wirtschaftsgruppen zu erhöhen, müssen die kartellrechtlichen Grenzen von Datenkooperationen geklärt und erweitert werden. Dann ganz dringend, ich hatte es vorher schon angesprochen, eben diese Förderung rechtskonformer öffentlicher Datenrepositorien. Das nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Forschung, die sicher internationale Benchmarks braucht. Deshalb braucht ee Datenrepositorien, auf die alle

zugreifen können. Das ist sehr wichtig. Natürlich dann der bundesweite Ausbau der digitalen Infrastruktur, um eben die materiellen Grundlagen für die Datenökonomie zu sichern und eben die Veröffentlichung von Best Practices für die DSGVO. Das reicht nicht nur, wenn man eigentlich einen tollen Ansatz hat. Wenn er kompliziert ist, muss er auch erklärt werden. Diese Best Practices zu veröffentlichen und da mehr Handreichungen zu geben, ist auch ein wichtiges Desiderat. Vielen Dank.

(Helge Braun) Danke schön, dann Herr Karlitschek, Nextcloud.

(Frank Karlitschek) Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Minister, Frau Ministerin, ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen, insbesondere als Vertreter von Nextcloud. Nextcloud ist ja auch Lieferant der Bundesverwaltung. Wir sind damit befasst, die Daten der Bundesverwaltung zu speichern und zu verarbeiten. Deswegen finde ich das Thema auch noch sehr interessant für uns.

Man muss leider sagen, dass Deutschland zurückhinkt, genauso wie Europa, im Bereich KI, Cloud Computing, Datennutzung und Digitalisierung insgesamt. Wir sind hier in einem Aufholrennen mit dem internationalen Wettbewerb, speziell USA und China. Wir sollten allerdings bei dieser Aufholjagd versuchen, uns auf unsere Stärken zu besinnen. Wir müssen schauen, dass wir nicht einfach nur stumpf andere kopieren und denken, dann würde es funktionieren. Wir müssen uns auf unsere Stärken konzentrieren und dann haben wir eine Chance. Ich habe drei Bereiche rausgegriffen, wo ich darauf eingehen möchte.

Das erste ist dezentrale Systeme. Wir sollten nicht versuchen, zentrale Datentöpfe, zentrale Datensilos zu schaffen, wie in den USA, in China existierend. Wir müssen beachten, wie Deutschland und Europa strukturiert ist und wie die Wirtschaft, speziell der Mittelstand, hier funktioniert. Da sind dezentrale Systeme eigentlich der bessere Ansatz. Es ist ein Missverständnis zu denken, dass effiziente Datennutzung und Künstliche Intelligenz riesige zentrale Datentöpfe brauchen. Das ist nicht der Fall.

Der zweite Punkt ist: Offene Standards und Open Source. Nur durch offene Standards können Daten auch vernünftig geteilt werden. Nur durch Open Source kommt es zu einer Demokratisierung von allen, speziell auch des Mittelstandes. So hat eben jeder die Möglichkeit, die Daten auch entsprechend zu nutzen und auch teilzuhaben an diesem neuen Datenökosystem. Es gibt noch weitere positive Aspekte von Open Source: Nämlich, dass man überprüfen kann, was passiert überhaupt mit den Daten. Gibt es hier irgendwo Missbrauch? Oder fließen Daten wohin, wo man es nicht möchte? Das ist nur mit Open Source möglich.

Das zweite ist... Nein, das dritte ist der Datenschutz. Privatsphäre, Datenschutz. Man hört immer wieder, dass es ein Wettbewerbsnachteil wäre, der KI und vernünftige Datennutzung verhindert: Unsere DSGVO und unser hohes Verständnis für Datenschutz. Ich möchte hier die gegenteilige Position einnehmen. Ich würde sagen, man kann das als Wettbewerbsvorteil sehen. Man kann sagen: Es ist eine Riesenchance für die europäische Industrie, hier einen Wettbewerbsvorteil zu haben. Wenn man sich gut aufgestellt.

Praktisches Beispiel: Selbstfahrende Autos. Man stellt sich vor, unsere Automobilindustrie würde ein Auto auf den Markt bringen, was keine nach innen gerichtete Kamera hat, wie bei Teslas. Oder was Daten entsprechend datensparsam sammelt und verarbeitet, vielleicht dezentral dem Nutzer zur Verfügung stellt. Anderes Beispiel ist IoT oder Industrie 4.0, wo man sagt: Naja, vielleicht sammelt man die Daten, wie gerade angesprochen, aber man

verarbeitet sie in Edge Clouds. Es muss nicht alles zentral sein. Es kann auch dezentral funktionieren. Man kann da einen Wettbewerbsvorteil daraus generieren. Ich bin eigentlich sicher, dass man da auf offene Ohren stößt, in Europa und außerhalb von Europa. Meine Zusammenfassung wurde mir von Herrn Dachwitz vorweggenommen, nämlich das Motto des Chaos Computer Clubs: "Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen." Vielen Dank.

(Helge Braun) Danke schön. So, aus der Wirtschaft jetzt Herr Shamsi von Datarade.

(Thani Shamsi) Herr Bundesminister Braun, Frau Staatsministerin Bär. Ich freue mich sehr, eingeladen worden zu sein und heute hier zu sein. Ich bin Mitgründer und Geschäftsführer der Datarade. Wir sind ein globaler Matchmaker für kommerzielle Daten und auch Mitglied des KI-Bundesverbandes in Deutschland. Ich würde die beiden Fragen getrennt voneinander beantworten.

Wo stehen wir heute aus meiner Sicht oder aus unserer Sicht zum Thema Datennutzung in Deutschland? Die Studien zur Datennutzung gehen ehrlich gesagt weit auseinander und sind sehr widersprüchlich. Eine Studie von TERRA Data aus 2017 sagt: Deutschland, deutsche Unternehmen sind internationale Spitzenreiter im Bereich Big Data und Analytics. Das Institut der Deutschen Wirtschaft nennt Big Data Neuland für Unternehmen. Denn laut deren Unternehmensbefragung 2019, führen nur acht Prozent der deutschen Unternehmen Big Data Analysen durch. Ich glaube, ich habe hier auch schon andere Studienergebnisse gehört.

Aus unserer Sicht als global agierende Datenfirma gibt es eine Datennutzungsschere in Deutschland. So würde ich es jetzt mal beschreiben. Auf der einen Seite sehen wir extrem ambitionierte Startup-Projekte und auch Softwareunternehmen. Die bauen innovative und datengetriebene Geschäftsmodelle und Technologien auf. Wie zum Beispiel Celonis, Datameer, Exasol, eine Zeotap, scoutbee oder SAP oder die Gesundheitscloud, um nur einige zu nennen. Auf der anderen Seite traditionelle mittelständische Unternehmen, die sich noch im Prozess der Digitalisierung befinden. Die müssen überhaupt erst Strukturen zur internen Datengewinnung und -nutzung schaffen.

Das führt aus unserer Sicht diesen Herausforderungen: Weniger deutsche Unternehmen zeigen sich bereit, ihre internen Daten zu teilen und externe Daten zum Beispiel zu nutzen. Das wirkt sich auf das Datenangebot aus. Aus unserer internen Forschung als Firma kommen auf einen Datenanbieter in Deutschland zehn Datenanbieter in den USA allein. Zweite Herausforderung: Es gibt einen erschwerten Zugang zu Daten. Kommerzielle wie öffentliche Datenangebote sind teilweise nur sehr schwer auffindbar, kaum standardisiert. Dadurch sind sie aufwendig auch in der Einbindung und Integration mit internen Datenbeständen. Das Open Data Portal der USA fasst 260.000 verschiedene Datensätze, habe ich gestern nachgeschaut. Das Open Data Portal der EU nur 14.000, also circa 20 Mal weniger. Heißt das, dass wir weniger Daten in der EU haben? Ich glaube nicht. Und drittens: Ja, ich glaube, eine Herausforderung ist ein Fachkräftemangel. Selbst wenn interne und externe Daten vorliegen, Infrastrukturen vorliegen, fehlen vielen deutschen Unternehmen das Fachwissen und auch die Kompetenzen im Bereich Big Data und KI. Fachkräfte, wie Data Scientists oder Machine Learning Engineers die aus Daten Informationen und Wissen und Intelligenz gewinnen.

Kommen wir zu den Maßnahmen. Und hier würde ich auch sehr konkret werden. Wir wollen Spitzenreiter im Bereich Datennutzung und KI in Deutschland werden. Dafür muss der freie Datenverkehr nicht personenbezogener Daten zur Priorität und 5. Grundfreiheit des EU-Binnenmarkts werden. Die rechtliche, technische und finanzielle Implementierung benötigt eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft, Forschung, Verbänden und Zivilgesellschaft. Handlungsempfehlungen, ganz konkret: Wir müssen mehr Datentransparenz mit Initiativen schaffen, die Auffindbarkeit und Zugang zu öffentlichen, sowie kommerziell verfügbaren Daten fördern und fordern. Fangen wir ganz konkret beim Handelsregister an. Unternehmensdaten sind extrem wertvoll für KYC-Prozesse, Fraud Prevention und auch b2b-Vertriebsplanung. Daten sind über handelsregister.de einzeln abrufbar, teilweise halt auch gebührenpflichtig. Sie sind jedoch weder maschinell anbindbar, zum Beispiel über eine API, noch lizenztechnisch weiterwendbar. Ich sage Ihnen aus unserer Erfahrung: Solche Unternehmensdaten gehören zu den wertvollsten Daten, die Unternehmen in Deutschland nutzen wollen und müssen.

Zweitens müssen wir gemeinsam Datenstandards schaffen, die den freien Austausch von Daten ermöglichen. Sie müssen auch die Integration mit Datenquellen erleichtern. Nehmen wir wieder Unternehmensdaten als Beispiel. Es existiert kein offener und stabiler Identifikator für Unternehmen. Das erschwert Datenpflege und Austausch von Unternehmensdaten. Hier ist die Privatwirtschaft auf proprietäre Standards angewiesen und auch abhängig, wie zum Beispiel von der D-U-N-S-Number von Dun & Bradstreet. Drittens müssen wir gemeinsam mehr positive Aufmerksamkeit, Investitionen und Inspirationen fördern im Bereich Daten, KI-Forschung, datengetriebener Innovationsprojekte, neuartigen Datentechnologien und Anwendungsfällen. Auch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Technologie-Startups und etablierten Unternehmen kann dazu beitragen, dass die Datennutzungsschere sich schließt. Vielen Dank.

(Helge Braun) Danke schön. So, jetzt kommt die Runde Government. Es beginnt der Bundes- datenschutzbeauftragte, Herr Kelber.

(Ulrich Kelber) Guten Morgen. Danke für die Einladung, die Möglichkeit, Einschätzungen und Empfehlungen aus Sicht des Datenschutzes zu geben. Die Datenstrategie muss, zumindest was personenbeziehbare Daten angeht, zwingend eine klare und positive Linie beim Datenschutz beinhalten. Datenschutz ist in Europa von den Grundrechten abgeleitet und daher nicht optional. Schon das schließt eine Kopie der Datenstrategie wie in den Vereinigten Staaten oder in China zum Glück aus.

Wenn das ein Faktum ist, dann ist die beste Schlussfolgerung: Wir sollten den Datenschutz als Innovationsmotor einer Digitalisierung Made in Germany nutzen. Die technische Entwicklung bestimmt eigentlich die Fragestellung nach den Schwierigkeiten und den Herausforderungen der Datennutzung. Bereits heute sind personenbezogene Daten nicht mehr auf ein paar Informationen über eine Person beschränkt. Sie ermöglichen ein vollständiges Abbild der Familie und Freunde, Ausbildung und Arbeit, Hobbys, Krankheiten, Vorlieben, Schwächen, Bewegungsradius, Einkäufe, politische, religiöse Einstellung, sexuelle Identität, Gemütszustand. Diese Verschränkung und gegenseitige Beeinflussung von nicht digitalem und digitalem Leben beschreibt die besondere Bedeutung. Die technische Entwicklung hat dazu geführt, dass diese Daten dauerhaft gespeichert werden können und jederzeit in Echtzeit neu ausgewertet werden können. Erst diese Entwicklungen machen den Wert der personenbezogenen Daten aus und schaffen eine Form von bisher

nicht gekannter Transparenz gegenüber Privatunternehmen und gegenüber Wissenschaft und Staat.

Das hat viele Vorteile, sie sind hier beschrieben worden, was damit erreicht werden kann. Wir müssen natürlich auch die Gefahr erkennen: Aus dieser Datennutzung der Person können nicht nur Beobachtungen, sondern Manipulationen und Ausgrenzung entstehen. Profilbildung und Scoring hat längst die Nische personalisierter Werbung verlassen. Das müssen alle akzeptieren, die Regeln aufstellen. Wir brauchen Leitplanken mit klaren Regelungen und wirksamen Sanktionen, um diesen Grundrechtsschutz zu gewährleisten. Es ist ja schon debattiert worden, was die Möglichkeiten der Wertschöpfung aus diesen Daten sind. Da muss man einer Überlegung widersprechen, dass bestimmte Formen der digitalen Nutzung von Daten zwangsläufig sind. Also Tracking und Digitalisierung sind nicht gleichbedeutend. Es gibt auch andere Formen der Wertschöpfung als Profilbildung.

Die Datenstrategie sollte zunächst Bürgerinnen und Bürgern die Hoheit über ihre Daten zurückgeben. So wissen sie, welche Informationen liegen vor, wie werden sie verwendet. Ich glaube, das ist die Grundlage auch für die Bereitschaft, Daten einer Nutzung wieder zuzuführen an dem Punkt. Deutschland und Europa hinken anderen Wirtschaftsräumen bei der Digitalisierung hinter. Das war bisher in der Regel nicht ein Problem des Datenschutzes. Wenn ich mir Projekte anschau wie die Register, ist es eher der Föderalismus und fehlende technische Vorgaben. Auch bei der Gesundheitskarte liegen seit zehn Jahren Datenschutzkonzepte auf dem Tisch. Trotzdem habe ich sie immer noch nicht in meinem Portemonnaie festgestellt bis zum jetzigen Punkt. Deswegen Schluss mit so einer defensiven Herangehensweise. Tatsächlich Datenschutz by design als Alleinstellungsmerkmal deutscher Dienstleistungen und Produkte nutzen. Das ist insbesondere überall dort gut, wo Länder ohne Datenschutzregelungen nach Produkten und Dienstleistungen fragen. Auch in all den anderen Bereichen, wo wir im Augenblick merken, dass unser Recht Pate steht für Regelungen in diesen Ländern. Kalifornien ist in aller Munde. Aber wenn man näher hinschaut, Japan, Nordkorea, Indien, Brasilien, Mexiko und weitere Bundesstaaten der USA führen Regelungen nach unserem europäischen Ideen ein. Hier hätten wir einen Wettbewerbsvorsprung, wenn wir diese Regeln in eigene vertrauenswürdige Angebote versetzen. Da sollte man ein Stück weit aus dem "Jammer-Modus" herauskommen und in den Wettbewerbsmodus übergehen.

Die Datenethikkommission hat der Bundesregierung 75 Empfehlungen gegeben. Personenbezogene und nicht personenbezogene Daten. Ich würde es konzentrieren dort, wo mit der Förderung datenschutzfreundlicher Innovationen gearbeitet werden sollte. Im Bereich der Data Spaces, die sind bereits genannt worden. Persönliche Datenmanagementsysteme und Datentreuhänder. Rechtsgrundlage, aber auch die wirtschaftlichen Fragestellungen. Und insbesondere tatsächlich das verteilte Lernen. Das halten wir für einen Bereich, wo wir datenschutzfreundlich, schnell auch in Front gehen könnten im Vergleich mit anderen Nationen. Der Bereich der Interoperabilität könnte Raum schaffen, aber auch Platz schaffen für europäische Anbieter. Er könnte so nicht nur Oligopole zerstören, das überlasse ich einem Berufeneren an der Stelle. Das müsste man dann mit Beschaffung auch der öffentlichen Hand natürlich unterstützen. Ich würde mich freuen, wenn die Bundesregierung eine solche Vorwärtsstrategie in ihrer Datenstrategie wählen würde. Sie sollte nicht dem ausgetretenen Sackgassenpfad, Lockerung der Datenschutzregeln folgen.

(Helge Braun) Danke schön. Der Präsident des Bundeskartellamts, Herr Mundt.

(Andreas Mundt) Sehr geehrter Herr Minister Braun, sehr geehrte Staatsministerin Bär. Das Kartellrecht ist ja schon angesprochen worden. Als Wettbewerbsbehörde beschäftigt sie sich mit dem Thema Daten eigentlich unter zwei Gesichtspunkten. Ich will zu beidem kurz was sagen, wo wir stehen und wo Handlungsbedarf vielleicht besteht.

Der eine Gesichtspunkt ist: Wie beschränken wir die Macht, die manche Unternehmen aus den Daten beziehen, die sie haben? Das sind große US-amerikanische, aber auch chinesische Unternehmen, die die drei V, Variety, Volume und Velocity perfekt beherrschen. Also Unternehmen, die einen unglaublichen Schatz an Daten angesammelt haben. Die in Echtzeit dabei sind, diesen Datenschatz zu verbreitern. Die unglaublich viele Quellen haben, um diese Daten zusammenzutragen. Das sind die großen US-amerikanischen Unternehmen, aber auch andere. Damit beschäftigen wir uns natürlich sehr intensiv. Ich persönlich sehe hier immer im Grunde drei Ansatzpunkte, wie man mit dieser Datenmacht umgehen kann.

Der erste Punkt ist Portabilität fördern, dass also Nutzer ihre Daten mitnehmen können. Das ist angelegt in der Datenschutz-Grundverordnung in Artikel 20. Fraglich, wie groß die Wettbewerbswirkung von Portabilität ist, wenn der Nutzer keinen Provider vorfindet, wo er hingehen könnte, weil er sich bewegen muss in der Mono- oder Oligopolstruktur. Deswegen glaube ich auch, dass das Thema Portabilität bisher noch keine große Durchschlagskraft entfaltet hat. Der zweite Punkt ist: Man kann die Datensammlung und vor allem die Datenverarbeitung durch diese Unternehmen beschränken. Das ist ein Ansatz, den wir in unserem Facebook-Fall verfolgen. Wir haben Facebook vorgegeben, dass sie zwar Daten aus verschiedenen Quellen sammeln, aber nicht zusammenführen dürfen. Ein Fall, der im Moment noch vorliegt beim Bundesgerichtshof, nachdem wir ihn in erster Runde beim Oberlandesgericht verloren haben. Ich glaube vom Grundprinzip her, dass wir hier darauf pochen, dass es eine Grenze gibt bei Zusammenführung und Auswertung von Daten von Monopolisten. Auf die sind diejenigen angewiesen, die die Daten liefern. Ich habe das immer innere Entflechtung genannt. Ich glaube, dass das ein sinnvoller Ansatz bleibt. Wir müssen sehen, wie wir das weiterverfolgen. Der dritte Punkt ist: Man kann versuchen, Zugang zu diesen unglaublichen Datenschätzen zu verschaffen. Vielleicht mitunter auch Zugang zu kleineren Datenschätzen. Das geht im Wege des Data Pooling. Das kann natürlich auch freiwillig geschehen über Datenhandel. Aber es ist eben möglicherweise auch möglich, Zugang entsprechend durchzusetzen.

Und das ist auch so angelegt in der GWB-Novelle, die kurz bevorsteht. Die zehnte GWB-Novelle, die vor der Veröffentlichung steht. Dort gibt es Vorschriften dazu, wie solcher Datenzugang gewährt werden kann. Das kann sicherlich auch Teil sein der Datenstrategie des Bundes und der Bundesregierung. Deswegen glaube ich, dass eine zügige Verabschiedung der GWB-Novelle hilfreich sein kann.

Ich will aber auch darauf hinweisen: Selbst wenn wir hier differenzierte Regelungsstatbestände haben, es wird schwer, das durchzusetzen unter zwei Gesichtspunkten. Der erste ist: Sie gewähren mit Kartellrecht möglicherweise Zugang zu personenbezogenen Daten. Das ist eine schwierige Interessenabwägung, wie man da vorgeht. Der zweite Punkt ist: Die Unternehmen, die diese Datenschätze angehäuft haben, haben sich ein Geschäftsmodell geschaffen. Sie greifen natürlich dadurch, dass Sie Zugang gewähren zu solchen Datenschätzen, tief in solche Geschäftsmodelle ein. Auch das eine schwierige Interessenabwägung. Datenzugang kann ein notwendiger Faktor sein, einerseits, ja. Auf der anderen Seite ist das nicht einfach administrierbar, weil jeweils schwierige Interessenabwägungen erforderlich sind.

Der zweite Punkt: Wie können Unternehmen, die nicht über diese Datenschätze verfügen, kooperieren? Sie hatten das angesprochen, Herr Professor Braun. Wie ist das in Deutschland bei den kleinen und mittleren Unternehmen, die auf diesen Datenschätzen unter Umständen sitzen und sich fragen: Wie kann ich kooperieren? Wie kann ich Daten zusammenführen? Ich mache es kurz, aber ich muss ganz kurz in die Geschichte gehen. Bis zum Jahre 2003 waren Vereinbarungen, Kartellvereinbarungen zwischen Unternehmen anmeldepflichtig bei den Wettbewerbsbehörden. Das war etwas wie bei Fusionen. Wenn Sie eine Kooperation in einer Branche hatten, dann konnten Sie das anmelden bei der Wettbewerbsbehörde. Da wurde darüber befunden, ob das im Einklang steht mit dem Wettbewerbsrecht. Das wurde im Jahr 2003 auf europäischer Ebene abgeschafft. Wir haben das hier in Deutschland nachvollzogen. Der Grund war schlicht und ergreifend, dass die Wettbewerbsbehörden in solchen Anmeldungen erstickt sind. Es wäre unglaublich viel Personal notwendig gewesen, um die alle zu bearbeiten. Dann ist das abgeschafft worden. Die Politik hat jubiliert und hat Entbürokratisierung über das Ganze geschrieben. Die Wettbewerbsbehörden haben vor Rechtsunsicherheit gewarnt und waren nur begrenzt erfreut über diesen Schritt.

Heute diskutieren wir genau das, nämlich diese Rechtsunsicherheit, die möglicherweise entstanden ist. Unternehmen können sich nicht mehr, ja, Rechtssicherheit durch so eine Anmeldung verschaffen. Wir haben das Problem gesehen in Deutschland. Wir haben auch als Bundeskartellamt gut, schnell und unbürokratisch darauf reagiert. Sie können heute zum Bundeskartellamt mit solchen Kooperationen kommen. Wir bieten den Unternehmen Beratung an. Wir sagen ihnen, was geht, wo Grenzen überschritten werden, die nicht mit dem Wettbewerbsrecht vereinbar sind. Und ich glaube auch, dass das in der Praxis gut funktioniert. Wenn Sie bei uns auf die Website gucken, da sehen Sie eine Fülle von Kooperationen, die wir begleitet und "informell" freigegeben haben. Beispielhaft möchte ich nur ADAMOS erwähnen, aus dem Bereich des Maschinenbaus. Es gibt sehr viele kleine und mittlere Unternehmen, die auch auf Datenschätzen sitzen. Für die ist überhaupt das ganze Thema Digitalisierung und Umgang mit Daten ein schwieriges Kapitel. Hier sind sehr weitreichende Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen von ADAMOS eröffnet worden. Die Beschlussabteilung war sogar anwesend, als das Projekt aus der Taufe gehoben worden ist, ganz formell.

Wir haben hier für Deutschland ganz gute Möglichkeiten geschaffen. Das Ganze wird jetzt auch nochmal ein Stück weit formalisiert mit der GWB-Novelle. Sodass ich immer den Eindruck habe, dass wir das für Deutschland nicht schlecht gelöst haben. Ob das auf europäischer Ebene ähnlich weit ist, das ist ein Thema, mit dem man sich noch einmal auseinandersetzen muss. Sie hatten die Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 angesprochen. Ich glaube, für Deutschland haben wir gerade auch mit den Ergänzungen hier zum Rahmen der GWB-Novelle eine ganz gute Lösung gefunden. Über die GWB-Novelle sind wir... Wir werden das durchführen. Es ist ein Stück weit formalisiert. Da haben wir immer Sorge vor Rechtswirkungen, die wir nicht überblicken. Dass die Formalisierung dann ein Stück Flexibilität nimmt. Das müssen wir uns nochmal angucken. Aber da sind wir im engen Dialog mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Ich danke.

(Helge Braun) Vielen herzlichen Dank. Der letzte in unserer Runde ist jetzt der Herr Professor Schneider, der ja Mitglied der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 war. Herzlich willkommen.

(Jens-Peter Schneider) Herr Bundesminister Braun, Frau Ministerin Bär, sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank. Ich darf den Reigen sozusagen schließen. Ich bin beim Government einsortiert, aber eigentlich Wissenschaftler. Und deswegen passt das ja an diesem Tisch geradezu wunderbar. Als Mitglied der interdisziplinären und unabhängigen Expertenkommission Wettbewerbsrecht 4.0 werde ich deren Vorschläge aus dem September 2019 in den Mittelpunkt rücken. Ich werde aber als Wissenschaftler auch Seitenblicke einnehmen. Bedeutsam ist, dass wir, die Kommission, mandatiert war, Vorschläge für die kommende deutsche Ratspräsidentschaft zu erarbeiten. Die Vorschläge haben einen europäischen Fokus. Deswegen ergänzt es auch die Ausführungen von Herrn Präsidenten Mundt sehr gut.

Aufbauend auf Erkenntnissen zur Plattformökonomie über konzentrationsfördernde Netzwerkeffekte, von denen Sie sicherlich alle gut wissen, haben wir uns von folgenden Grundsätzen leiten lassen: Wettbewerb ist als Treiber von Innovation zu schützen. Die Wahlfreiheit der Konsumenten ist ebenso zu gewährleisten oder erst wieder zurückzugewinnen. Die Regelungsstrukturen sind dabei natürlich den Bedingungen des digitalen Wandels anzupassen. Diese Anpassungen betreffen im EU-Kartellrecht vor allen Dingen Optimierungen im Vollzug. Das steht allerdings weitgehend in den Verträgen und kann deswegen nicht so leicht wie das GWB verändert werden. Erleichtert werden sollen die Unternehmenskooperationen zur besseren Schaffung von Datenpools und anderem. Die datenschutzrechtlichen Implikationen sind dabei offenkundig. Allerdings kann man auch sagen für Deutschland und Industrie 4.0 sollte man auch gucken, wo diese Implikationen so stark sind. Vielleicht hat man da auch andere Optionen.

Ein anderes Problemfeld, das ist noch nicht so angesprochen worden: Der Kauf von besonders erfolgversprechenden Startups durch die marktbeherrschenden Internetunternehmen. Auch hier kann durch Leitlinien eine schärfere Kontrolle geschehen, ohne gleichzeitig den Startup-Markt zu zerstören. Der wird häufig davon gerade getrieben, dass man sich aufkaufen lassen möchte irgendwann. Die genuinen kartellrechtlichen Empfehlungen halten sich letztlich dann doch in Grenzen. Den stärkeren Innovationscharakter besitzt der Kommissionsvorschlag einer europäischen Verordnung zur Regulierung marktbeherrschender Onlineplattformen bestimmter Größenordnungen. Auch hier wieder das Startup-Problem.

Gestärkt werden soll in dieser Verordnung das in der DSGVO angesprochene Recht auf Datenportabilität. In der Datenschutzgrundverordnung ist das mit vielen Restriktionen und nicht zu Ende gedacht eigentlich. Das sollte hier vielleicht auch besser ausgearbeitet werden. Damit darüber eine bidirektionale Öffnung geschehen kann und vielleicht auch über andere Instrumente. Zum Beispiel Nutzerkonten, wie wir es vom Onlinebanking her kennen. Diese Kundensouveränität soll geschehen und nicht nur auf dem Papier stehen. Dafür brauchen wir überindividuelle Unterstützungsstrukturen. Dafür könnten Datentreuhänder und andere Dinge, die hier teilweise schon angesprochen wurden, sicher helfen.

Das sind alles Dinge, die noch ganz am Anfang der Konzeptionierung stehen, so wie ich das beobachte. Wegen der zentralen Steuerungsmacht der Plattformen muss ein effektiver Rechtsschutz für die Nutzer gewährt werden. Aber schon rein quantitativ sind dazu die staatlichen Gerichte allein nicht in der Lage. Daher empfiehlt die Kommission eine Ergänzung, kein Ersatz, durch alternative Streitbeilegungsverfahren.

Auf Daten des öffentlichen Sektors wurde hier schon so viel eingegangen, dass ich das gar nicht unterstreichen möchte. Wir sind derselben Auffassung. Hier ist ein Handlungsfeld. Die Kommission hat diverse wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure angehört. Und auch hier ist das ja geschehen. Dabei zeigte sich wie teilweise auch hier ein durchaus heterogenes Bild in der Lagebeurteilung. Einzelne von Ihnen haben das ja auch angesprochen, dass die Studien auch so unterschiedlich sind. Das hat die Kommission zumindest in ihrer Mehrheit dazu gebracht, eine EU-Agentur für die Beobachtung der Digitalisierung einzurichten. Diese sollte ähnlich wie im Umweltbereich mit einem Netz nationaler Forschungsverbände zusammengebunden werden. Sie soll Parlamenten, Behörden und der Gesellschaft insgesamt Informationen über Digitalisierung und ihre Folgen aufbereiten.

Das wird jetzt persönlich sozusagen und nicht mehr Kommission. Sollte meine, ganz allein meine Position auf sechs Maximen verdichtet werden, wären dies: Erstens: Bleiben Sie realistisch in den Erwartungen an Nutzen und Entwicklung der Digitalisierung. Und seien Sie ehrlich bei der Kalkulation der Kosten, gerade im öffentlichen Bereich. Stärken Sie zweitens die Souveränität der Nutzer. Dazu habe ich einiges gesagt. Drittens, wichtig ist das Handlungsfeld Datenkompetenz. Frau Müller hatte das sehr stark angesprochen, andere aber auch. Und zwar nicht nur eben zur Erhebung von Potenzialen, sondern eben auch zur Reduktion von Risiken, die mit der Metrisierung und vordergründigen Objektivierung durch digitale Entscheidungskalküle, gerade in Hybridstrukturen mit menschlichen Entscheider. Sie sprachen von Data Bias, was mir als Verwaltungsrechtler wichtig ist, wo wir über Predictive Policing und ähnliche Dinge nachdenken. Viertens: Seien Sie sich bewusst, dass Sie noch unbekanntes Terrain betreten. Schaffen Sie daher Anreize und Netzwerke zur weiteren öffentlichen Wissensgenerierung. Fünftens: Bedenken Sie die Lehre des Datenschutzrechts, dass es auf den Verwendungskontext von Daten ankommt. Dies dürfte auch für KI-Anwendungen gelten und spricht für sektorspezifische Regeln und Experimentierspielräume mit Monitoringpflichten. Sechstens: Ethikpflichten sind eine wichtige Ergänzung, aber sicher kein Ersatz für demokratisch legitimierte und auch rechtlich durchsetzbare Regeln. Vielen Dank.

(Helge Braun) Ja, vielen herzlichen Dank für die Runde. Es wurde gerade gesagt, wir müssen uns bewusst sein, wir betreten unbekanntes Terrain. Im Kanzleramt sind Sie da ganz auf der sicheren Seite. Als die Kanzlerin damals gesagt hat, das ist alles Neuland für uns, hat sie einen riesen Shitstorm im Internet erlebt. Weil viele den Eindruck hatten, also wir sind ja längst hier, so was von firm und wir können ermessen, was da alles passiert. Die weitere geschichtliche Entwicklung hat uns doch gezeigt: So ziemlich jeder wird das eine oder andere Mal überrascht durch das, was an Disruption im Kontext von Digitalisierung passiert. Insofern erstmal herzlichen Dank. Das ist jetzt...

Jetzt sitzen wir vor einem Riesenberg an Anregungen. Vielleicht können wir in einer Diskussionsrunde mal versuchen, den einen Punkt ein bisschen zu konkretisieren. Was sich wie ein roter Faden durch die Diskussion gezogen hat, ist ja die Frage: Wie schaffen wir Vertrauen, respektive, wie begegnen wir Verunsicherungen und Misstrauen? Ich glaube, was völlig klar ist, da will ich anschließen an das, was Herr Kelber gesagt hat, unser Ziel ist eine Datenstrategie. Die soll das positive Zukunftsbild schaffen, wie wir es machen. Nicht, was wir alles nicht wollen, sondern wo wir hinmöchten. Wie wir sozusagen den unterschiedlichen Interessen und Erwartungen unserer Gesellschaft einfach gerecht werden. Ich glaube auch, dass das, was mehrfach angemahnt worden ist, dass wir in Deutschland mit unserer

industriellen Tradition nicht nur so sehr uns jetzt daran abarbeiten müssen. Wie geht es mit personenbezogenen Daten? Sondern ganz große Schätze sind ja auch die nicht personenbezogenen oder die anonymisierten Daten.

Da ist an ganz vielen Stellen hinsichtlich auf die Forschung, Industrie, immer das Wort von einem Treuhänder gefallen. Das finde ich, ist so ein ganz interessanter Punkt. Ich hatte ja eingangs... Wir müssen uns ja auch überlegen: Wer macht was in unserer gesellschaftlichen Aufgabenteilung? So würde ich gerne wissen, über die Frage, wenn ich... Egal, ob ich jetzt mittelständische Unternehmen dazu animiere, zusammenzuarbeiten und Daten mit Konkurrenten zusammenzubringen, oder ob ich Patienten erläutere, wenn sie ihre Daten für die Forschung oder für gesundheitliche Optimierungsprozesse im Rahmen einer Gesundheitsakte oder was auch immer freigeben, dass es sozusagen eine Struktur gibt, die die missbräuchliche Nutzung von Daten vermeidet. Die Anonymisierungsprozesse so anstößt, dass sie gut gemacht sind. Das stimmt ja. Wir kommen ja aus einer Lernzeit. Leute haben geglaubt, wenn ich den Namen, das Geburtsdatum abschneide, habe ich die Daten anonymisiert. Und da... Sozusagen da ist viel Expertise notwendig. Das ist so ein bisschen so eine Kernfrage nach dem Motto: Wie schaffen wir dieses Vertrauen? Wie sehen solche Treuhänder aus? Sind das vertrauenswürdige Algorithmen, die Open Source bereitgestellt werden? Ist das eine physikalische Stelle mit Mitarbeitern und Zertifikaten? Also da kann man sich ja sehr, sehr viel drunter vorstellen. Vielleicht hat da der eine oder andere noch einen Impuls. Vielleicht schließt noch Frau Bär auch noch eine weitere Frage an.

(Dorothee Bär) Vielen Dank. Ich will eigentlich gar keine weitere Frage anschließen. Das wäre genau meines gewesen, weil mich das am stärksten umtreibt. Wie schaffen wir es auch in unserem Land, wie es vorhin betont wurde, ich glaube von Frau Bertschek, ne von... Quatsch, Frau Riphahn. Die Kultur des Misstrauens, die Sie ja angesprochen haben, die uns ja wirklich auch jeden Tag irgendwo begegnet. Natürlich bei uns nochmal ganz deutlich in den Staat, in Institutionen, teilweise eben auch an unsere Demokratie. Das ist dann ganz, ganz schwierig in dieser Kultur des Misstrauens, die Sie beschrieben haben, die dann auch umzukehren.

Ich bin sehr dankbar auch von Ulli Kelber dann zu hören, Vorwärtsstrategie, Positivstrategie, das Ganze eben umzuwandeln. Und deswegen würde ich es einfach nur noch intensivieren. Treuhänder ist das eine, was der Helge Braun gesagt hat. Aber vielleicht insgesamt. Weil ich es erlebe, auch bei staatlichen Institutionen, nicht nur Bundestag, Regierung. Auch an einem konkreten Beispiel, 5G, um das mal herzunehmen. Wie verstrahlt werden wir beispielsweise? Wenn man auf die des Analysen des Bundesamts für Strahlenschutz sagt: Es ist eine Behörde. Kann man der denn trauen? Das sind dann halt auch die Punkte, wie geht man mit wissenschaftlichen Daten um? Und deswegen bin ich dankbar für den Vorschlag, den einige geäußert haben, was eine zusätzliche Bundeszentrale betrifft. Ob das für digitale Bildung oder digitale Aufklärung ist, wie wir einfach weiter noch in die Bevölkerung reinkommen. Damit wir dieses Misstrauen, was da ist, nicht nur zu zerstreuen, sondern umzukehren, dass auch jeder sich in guten Händen fühlt.

Und ein Satz vielleicht noch, warum das bei uns so ist oder womit immer argumentiert wird. Ich erlebe ganz oft, dass die Negativbeispiele ja selten aktuell aus dem eigenen Land kommen. Deswegen würden mich auch Ihre Beispiele interessieren. Es ist sehr vergangenheitsbezogen, wo mal Missbrauch stattgefunden hat. Oder was aus anderen Ländern kommt. Oder was von anderen Institutionen kommt, die jetzt nicht hier aus Deutschland sind oder von autoritären Systemen. Aber sehr selten kriegt man Beispiele

geliefert, von einem deutschen Unternehmen, von einer deutschen Institution. Vielleicht können Sie da auch nochmal was dazu sagen.

(Helge Braun) So, dann würde ich sagen, Herr Otto. Fangen wir nochmal rechts an und gehen wir mal zügig um den Tisch.

(Boris Otto) Ich erlebe, dass für die Rolle des Datentreuhänders relativ viele verschiedene Dinge noch dorthin hineinprojiziert werden. Die sind aber alle berechtigt. Zum einen bin ich der Überzeugung: Mehr Unternehmen würden ihre Daten teilen, wenn sie Transparenz über die Datennutzung hätten. Es geht häufig gar nicht da drum, dass man die Datennutzung verhindert. Aber man hat das Gefühl, dass man die Daten ins Nirvana schickt, keine Kontrolle und Transparenz hat, was anschließend damit passiert. Datentransparenz zu ermöglichen, scheint mir etwas zu sein, was als Funktion des Datentreuhänders auch hineininterpretiert wird.

Ein zweiter Punkt, der damit verbunden ist, ich sprach es an. Wir haben in Deutschland und in Europa die Konstellation, dass wir nicht einen dominanten Akteur in einer Domäne haben. Beispielsweise in der Logistik haben wir sehr viele Unternehmen, die ähnlich groß im Verhältnis sind und ihre eigenen Plattformen haben. Die auch wissen, dass das Teilen und das Zusammenführen der Daten ihnen allen einen Vorteil bringen würde. Aber das Misstrauen ist eben noch so groß, dass man sich fragt: Naja, wer könnte denn der neutrale Dritte in der Mitte sein, der quasi diese Deadlock-Situation für uns aufhebt? Das wird auch in diesem Begriff des Datentreuhänders durchaus mit hineininterpretiert.

Die dritte Funktion, die man wahrnimmt, die mit einem Datentreuhänder verbunden wird, ist: Ich hatte es angesprochen, dass die Data Readiness, die Kompetenz mitzuspielen, nicht da ist. Also überhaupt die eigenen Daten verfügbar zu machen, um sie in einem Ökosystem zu verknüpfen. Man wünscht sich jemanden, der das als Servicedienstleistung halt anbietet. Wir haben relativ viele heterogene, alle aber richtige Anforderungen an die Funktion einer vertrauenswürdigen Stelle, die uns beim Datenumgang und Datenteilen hilft.

Wenn ich jetzt zu Maßnahmen komme, möchte ich vielleicht drei Punkte herausgreifen, die dazu beitragen können, dass so eine Rolle sich etabliert. Das erste ist, und Sie hatten es angesprochen, Herr Braun: Wie geht das? Brauchen wir digitale Zertifikate? Ja, die haben wir schon. Aber wir brauchen Zertifizierung. Wir müssen uns drauf verlassen, dass Software, Applikationen oder auch Algorithmen am Ende das tun, was sie tun sollen. Und eben nicht mehr. Damit verbunden ist eben halt auch die Möglichkeit, gemeinsam die Zertifizierungskriterien zu schaffen. Zum Beispiel bei GAIA-X oder auch der IDS-Initiative. Man hängt nicht von einem ab, der diese Kriterien setzt, man macht das als Gemeinschaft, wo jeder gleiche Rechte hat. Ein weiterer Punkt, zweiter Punkt, ist mir in dem Zusammenhang wichtig. Herr Shamsi oder Herr Karlitschek, Sie hatten es angesprochen, Open Source. Ich kann nachvollziehen, was die Software tut. Ein ganz großer, ein großer Erfolgsfaktor. Wir brauchen tatsächlich auch Vertrauensanker in der Technologie. Also Technologie, die uns hilft, Vertrauen auch tatsächlich technisch umzusetzen. Weil, Herr Post, Sie hatten es angesprochen, wir haben Netzwerke autonomer Systeme. Die müssen letzten Endes halt auch über Technologie Vertrauen implementieren und auch durchsetzen können. Das wären meine Gedanken zu dem Thema: Wie können wir Vertrauen schaffen? Was sind letzten Endes auch die Erwartungshaltungen an so eine vertrauensbildende Stelle, die man Datentreuhänder nennen kann?

(Helge Braun) (unverständlich)

(Regina T. Riphahn) Wir haben eine ganze Empfehlungen schon formuliert. Beim Datentreuhänder kann man sich verschiedene Aufgaben vorstellen. Danach muss man es wohl absichten, wie man es organisieren möchte. Eine Fragestellung wäre: Wie bekommt man die Daten aus der kommerziellen Wirtschaft, Big Data, an die Forschung? Das ist momentan noch nicht gelöst und bietet dennoch für beide Seiten eigentlich große Potenziale. Die Forschung könnte gut davon profitieren, die Daten zu nutzen. Datenanbieter, die Daten besitzen, können auch von der Forschung lernen. Zum einen über die Inhalte, auch über die Datenqualität. Es gibt nur noch keinen geregelten Rahmen, wie dieser Übergang stattfinden kann. Momentan ist es so, dass solche Austausch stattfinden auf individueller Ebene. Man kennt jemanden. Man bekommt die Daten. Man hat sie eben nicht sicher, kann sie jederzeit verlieren. Und die Rechte sind nicht wirklich definiert. Das ist also die erste Ebene, Big Data Anbieter und Forscher.

Die zweite Ebene, auf der ein Datentreuhänder sehr hilfreich sein kann, ist genau das Problem der Datenverknüpfung. Herr Kelber sagte, wir sind in der Welt, wo wir die neue Transparenz haben. Die mag für Facebook gelten. Aber als Wissenschaftler, wenn ich mit Arbeitsmarktdaten arbeite und was über die Gesundheit der Leute wissen will, kriege ich keine Verknüpfung. Wenn ich was weiß über Betriebe, weiß ich nichts über die Unternehmen. Ich darf die nicht verknüpfen und die Daten festhalten. Und dann gibt es eben Bedarfe, verschiedene Datensätze für die Forschung. Und dieses könnte ein Treuhänder tun, wenn er gesetzlich dazu legitimiert wird. Eine ganz andere Ebene sind die Themen, die von der Wirtschaft angesprochen wurden: die Unternehmensdatenverknüpfung. Das sollen aber die Herren dazu selber klären. Vielen Dank.

(Helge Braun) Die Wirtschaft ist schon angesprochen. Herr Peylo.

(Christoph Peylo) Danke schön. Also bei der Kultur des Misstrauens. Wir können uns überlegen: Was macht ein Vertrauen aus? Ich glaube, Vertrauen lässt sich so in drei wesentliche Positionen hin unterbrechen. Einmal der, dem ich vertraue oder die Institution, der man vertrauen will, die muss eine gewisse Kompetenz haben. Dann muss sie auch eine Rolle einnehmen können. Das heißt also, es muss Spielregeln geben. Und innerhalb dieser Spielregeln muss die Kompetenz und die Position, etwas bewegen zu können, eine Rolle ausführen zu können, muss klar definiert sein und die muss da sein. Und dann muss es auch glaubhaft sein, dass man diese Rolle auch einnehmen will. Das ist wie bei einem Piloten. Sie trauen einem Piloten, wenn er fliegen kann. Wenn er die Kompetenz hat, wenn er diese Rolle hat. Wenn es diese Infrastruktur gibt, dass er da agieren kann. So etwas bräuchten wir eigentlich auch in dieser digitalen Welt. Das haben wir nur unvollständig. Deshalb kann ich diese Kultur des Misstrauens auch irgendwo gewissermaßen nachvollziehen.

Ja? Also wir leben in einer Welt, wo selbst der Chef von Amazon, wo ihm jetzt Daten geklaut wurden. Bei dem normalen Menschen wächst ja dann die Befürchtung: Nicht einmal er kann seine Daten schützen. Was mache ich denn dann mit meinen? Das heißt, diese Bestrebungen, die es jetzt gerade überall gibt, dass wir trustworthy AI machen wollen, ist ja richtig. Also auf nationaler und internationaler Ebene. Aber auf der darunter liegenden Ebene, das heißt, die IT, gerade im IoT-Umfeld, da brauchen wir noch mehr Vertrauensbildung. Dieser Digital Trust, da müssen wir noch alle mehr machen, um diesem Misstrauen wirklich entgegenwirken zu können. Also Zertifizierungen oder Siegel, die dieselbe Aussagekraft haben wie so ein Kleber "aus deutschen Landen" auf Joghurt, das

bringt eigentlich nichts. Sondern das muss schon... Wir müssen alles in ein Setting bringen. Sowohl die IT-Schicht, das heißt die IoT-Devices und alles, was darauf an Prozessen läuft für Big Data, für die Künstliche Intelligenz. Das müssen wir in ein Setting bringen. Damit kann man zusichern, dass das nachvollziehbar ist, dass das robust ist und sicher ist. Wir müssen diese Hausaufgaben machen, die haben wir erst teilweise gemacht als Gesellschaft. Dann haben wir auch gute Chancen, gegen diese Kultur des Misstrauens dann aktiv und sinnvoll anzugehen.

(Helge Braun) Post?

(Peter Post) Der sichere Umgang mit Daten ist ein großes gesellschaftliches Lernfeld. Es gibt andere Bereiche, in denen wir uns aufhalten, beispielweise als Verkehrsteilnehmer oder als Fußgänger in Bereichen, wo wir eine gewisse Erfahrung haben im Umgang mit Risiken. Der fehlt uns hier an dieser Stelle in diesem digitalen Kontext in großen Bereichen. Was hier möglicherweise eine Anregung sein kann, um Abhilfe zu schaffen und positive Erfahrung zu schaffen: Die Implementierung irgendwelcher Testbetts. Wo man in der Lage ist, ganz konkrete Erfahrungen zu machen. Im Kontext der Industrie 4.0 machen wir beispielsweise momentan ein Rechtstestbett. In dem werden bestimmte rechtliche Fragestellungen an konkreten, bewusst herbeigeführten Problemsituationen experimentell getestet, bis hin zu fingierten Gerichtsverhandlungen im Hintergrund. Also beispielsweise: Was passiert bei Vertragsabschlüssen von Maschinen untereinander, wenn die autonom agieren? Wer ist in welchem Kontext verantwortlich und Ähnliches.

Eventuell gibt es hier eine Möglichkeit, über öffentliche oder ansonsten zugängliche Testbetts, in welcher Form auch immer, bestimmte Vertrauensfragen, die man auch noch durchdiskutieren müsste, welche an der Stelle geeignet sind, experimentell zu verifizieren. Die Erfahrung dann letztlich positiv zu kommunizieren und zu sagen: Das und das und das sind Erfahrungen, die wir hier erzielt haben, um Stück für Stück in diese Vertrauenskultur, die wir als Gesellschaft insgesamt lernen müssen, um hier Stück für Stück den Weg zu gehen.

(Ulrich Kelber) Ich darf als Teil der Datenethikkommission sagen: Wir haben diesem Thema einen großen Teil unserer Arbeit gewidmet, den Treuhändersystemen. Und haben auch gesagt, dass wir glauben: Mit der Arbeit von Treuhändern mit dem, was verteiltes Lernen ist, um die Frage der Erklärbarkeit von algorithmischen Systemen wird man eine ganze Reihe der Punkte, die heute angesprochen worden sind, in den Griff bekommen. Drei Bereiche. Einmal die unmittelbar maschinenbezogenen Daten. Da ist es auch angesprochen worden, Zusammenarbeit von Unternehmen. Dort, wo es maschinenbezogene Daten mit Personenbezug gibt. Ich vermute mal, die Frage der Datentreuhänderschaft beim Bereich Automobile ist eines, das auch schon das Kanzleramt, bestimmt schon erreicht hat. Dann die Datentreuhänderschaft bei unmittelbar personenbezogenen Daten, beispielsweise Forschungsdaten und Gesundheit. Da glauben wir in der Tat, dass natürlich relativ viele Dinge dort auch algorithmenbasiert sind. Aber dass tatsächlich Treuhänder eine Institution ist, die eine Einwilligung bekommt. Also wir unterhalten uns dort, wo eine Einwilligung notwendig ist. Dort, wo es nicht gesetzliche oder vertragliche Grundlagen für die Verarbeitung dieser Daten gibt. Da haben wir heute halt die Situation, dass es eigentlich aus Sicht des Datenschutzes eine klare Zweckbindung der Einwilligung gibt.

Der Traum der Forscherinnen und Forscher war der Metakonsent oder die Datenspende. Die ist aus unserer Sicht nicht grundrechtlich abbildbar. Aber die Idee, dass ich eine Einwilligung gegenüber diesem Treuhänder ausspreche und dieser Treuhänder zum Beispiel neue

Projekte prüft, ob die immer noch diese etwas breitere Einwilligung erfüllt, das kann er auch mit einer höheren Expertise als die Einzelnen. Die Wahrscheinlichkeit, eine erneute Einwilligung dann zu bekommen, ist für die Forschung natürlich deutlich höher. Zweitens könnte ein solcher Datentreuhänder auf vorhandenen Daten eben mit verteiltem Lernen einen weiteren Safe Guard einziehen. Eine weitere Sicherheitsmöglichkeit, dass nicht personenbezogene Daten hinausgehen, sondern, dass die Systeme daran lernen. Er könnte natürlich auf diesen Daten auch die situationsspezifischen Pseudonymisierungen und Anonymisierungen machen.

Zwei Dinge wären wichtig. Das eine, diese Datentreuhänder müssten uneigennützig arbeiten, dass sie nicht das Geld mit der Verwertung der Daten machen, sondern sich selber finanzieren. Außer sie sind staatsfinanziert oder aus anderen Quellen mit der Bereithaltung der Daten. Unabhängig davon, ob sie Ja oder Nein zu einer Auswertung sagen. Es müsste sichergestellt werden, dass die Anbieter die Datentreuhänder behandeln müssen, als sei es das Datensubjekt selbst. Das ist leider keineswegs selbstverständlich. Nehmen Sie Beispiele wie Industriestandard "Do Not Track". Da ist etwas entwickelt worden, was die Arbeit erleichtern sollte. Nach kürzester Zeit musste man feststellen, viele Anbieter akzeptieren diese Methodik nicht, wo ich meine Verantwortung auf einen Standard übertrage. Das müsste rechtlich geklärt werden. Das ist so die Kurzzusammenfassung von vielen Seiten, die die Datenethikkommission dem Thema Datentreuhänderschaft aufgeschrieben hat. Dieser haben wir auch eine höhere Bedeutung zugemessen, insbesondere auch im Bereich der Forschung.

(Helge Braun) (unverständlich)

(Susanne Dehmel) Drei Punkte. Das eine, wie wir Vertrauen wieder oder wie wir Vertrauen herstellen. Ich glaube, viel Vertrauen ging verloren, weil wir sehr strenge Regelungen auch zum Umgang mit Daten haben, also vor allem mit personenbezogenen Daten. Die sind aber einfach vielfach nicht durchgesetzt worden in den letzten Jahrzehnten. Deswegen ist das Gefühl entstanden: Es gibt zwar irgendwie diese sperrigen Regelungen, auch im Alltag, ich muss überall einwilligen. Aber ich weiß trotzdem nicht richtig, was mit meinen Daten gemacht wird. Keiner vertraut, dass wirklich das gemacht wird, wie es da steht.

Das ist das eine, was wir, glaube ich, uns überlegen müssen, wie wir da zu einer... Wie wir vielleicht bei den Anforderungen mal runtergehen, aber das, was wir dann fordern, auch wirklich einhalten und dokumentiert einhalten. Da spielt sicherlich Zertifizierung eine Rolle. Da glaube ich allerdings, dass tatsächlich in erster Linie die Wirtschaft in der Pflicht ist, was die Schaffung von Standards und Zertifizierungsprozessen angeht. Dass wir da voranzukommen und die entsprechenden Systeme modernisieren. Dass wir das so hinbekommen, dass das nutzbar ist.

Was die Datentreuhänder-Funktion angeht, glaube ich, sind alle Erwartungshaltungen und Funktionen schon genannt worden. Was die organisatorische Verortung angeht, glaube ich, dass es wichtig ist, da nachzudenken, wo macht man das im Zweifel. Es muss ja eine gewisse Unabhängigkeit bestehen, sowohl gegenüber dem Staat, als auch gegenüber den privatwirtschaftlichen Playern. Und insofern, also mir schwebt da was vor, was jetzt... Eine Stiftung ist jetzt vielleicht heutzutage nicht das Wirtschaftlichste an der Stelle. Aber so was in der Art. Was finanziell vielleicht schon staatlicherseits auch jedenfalls in Teilen abgesichert werden muss, damit die Institution nicht drauf angewiesen ist, möglichst viele Daten in Umlauf zu bringen oder zu verwerten. Aber was so eine gewisse Distanz zu allen Seiten

wahrt, aber auch das Know-how und wiederum die Nähe hat, dass es mitgehen kann mit der Zeit.

Das Dritte, was ganz wichtig ist, weil in der Diskussion auch immer... Wir können nicht einmal sagen: Wir haben da die Maschinendaten und da ist alles unproblematischer, da haben wir personenbezogene Daten, da müssen wir ganz doll aufpassen. Die Problematik, die wir haben, ist, dass diese Grenzen verschwimmen. Die sind halt fließend. Die ändern sich je nachdem, welche Datenbanken ich zusammenführe. Mal habe ich reine Sensordaten und dann werden die auf einmal zu personenbezogenen Daten, weil ich noch die Arbeitszeiten von den Mitarbeitern dazutue, die die Maschinen bedient haben. Ich glaube deswegen ist auch eine wichtige Funktion tatsächlich der Treuhänder, da diese... Vielleicht auch die Sicherheit zu bieten, dass man sagt: Der Übergang von personenbezogenen oder sicher personenbezogenen Daten zu einem Datensatz mit anonymisierten Daten oder auch pseudonymisierten Daten, die aber nur im begrenzten Umfang jetzt benutzt werden. Da eine Hilfestellung zu bieten, das wäre unheimlich wertvoll, weil damit kämpfen glaube ich alle. Weil wir eben nicht so sauber ein für alle Mal trennen können. Hier, die Daten sind immer safe und die sind immer Datenschutz, unterliegen ihm.

(Andreas Mundt) Ich glaube, die Herstellung von Vertrauen hat ganz viele Komponenten. Frau Bär, ich finde das wichtig und ich will da an eines anknüpfen, was Frau Dehmel gerade gesagt hat. Wir haben alle gelernt, dass wir einer uferlosen Verwendung unserer Daten zustimmen müssen, wenn wir bestimmte Services nutzen wollen. Wir haben auch gelernt, dass mit diesen Daten Schindluder getrieben wird in vielerlei Hinsicht. Dass diese Daten Opfer von unrechtmäßigem Zugriff werden etc. Ich bin genauso der Auffassung, dass eine konsequente Durchsetzung des Rechts, sei es die DSGVO, sei es das Kartellrecht, seien es andere Dinge, die wir in der Offlinewelt ganz selbstverständlich finden und hinnehmen, das gilt auch für Beleidigungen, Hate Speech, Mobbing, alles Mögliche, dass wir dies, was wir aus der Offlinewelt kennen, dass wir das konsequent in die Onlinewelt übertragen.

Ich glaube, das Thema Rechtsdurchsetzung im Netz, in der Onlinewelt, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Damit ich weiß, dass meine Daten, die ich dann zur Verfügung stelle, dass damit eben auch kein Schindluder getrieben wird. Und wenn, wird es so sanktioniert, dass es eine abschreckende Wirkung ist. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist: Ich finde, Datenaustausch braucht eine sichere Infrastruktur. Ich muss wissen, dass ich eine Infrastruktur habe, die es nicht erlaubt, diese Daten dahin zu übertragen, wo sie nun wirklich nicht hingehören.

Deswegen war ich immer so ein begeisterter Verfechter von GAIA-X und dachte: Endlich! Ja? Diese souveräne deutsche, nicht deutsche, europäische Cloud, die es uns erlaubt, souverän selbst zu bestimmen, wie die Daten verteilt werden. Wo auch nicht notfalls ein Stöpsel gezogen wird, wenn es mal ganz ernst wird von irgendeiner Seite. Wo wir sicher sein können, dass die Daten da bleiben, wo wir sie hingetan haben. Ich glaube, das ist der zweite Punkt. Also, das Thema Vertrauen, das wird von ganz vielen Komponenten... Der Treuhänder kann ein wichtiger Punkt sein, wenn er vertrauenswürdig ist. Aber auch der Treuhänder kann diese Dinge nicht erfüllen, nicht Rechtsdurchsetzung, keine sichere Infrastruktur schaffen. Ich glaube, dass der Staat da auch ein starkes Wort mitzureden hat und hier vielleicht auch noch stärker aufgestellt sein muss.

(Helge Braun) Danke schön, Herr Dachwitz.

(Ingo Dachwitz) Als ersten Punkt würde ich auch sagen: Damit die Leute Vertrauen in Datenkultur haben, muss das geltende Recht durchgesetzt werden an der Stelle. Dass das nicht der Fall ist, erleben alle Menschen, sobald sie ins Internet gehen: Der informationelle Kontrollverlust, der so nicht vorgesehen ist, findet täglich statt. Weil die A-Tec Industries beispielsweise unkontrolliert und außer Kontrolle ist. Die Datenethikkommission hat den Datenhandel mit personenbezogenen Daten behandelt, der auch unkontrolliert ist. In viele Bereichen erleben die Bürger: Das Recht wird nicht durchgesetzt, Versprechen werden nicht eingehalten. Das ist der erste Anknüpfungspunkt. Open Source wurde schon genannt von Herrn Otto, als vertrauensbildende Maßnahme in die Technik, ja, in die Software.

Ich würde noch einen weiteren Punkt da ins Spiel bringen, und das ist das Thema Produkthaftungen. Wer haftet denn eigentlich dafür, wenn mein Gerät Dinge macht, die es nicht machen soll? Wenn Daten übertragen werden, die nicht übertragen werden sollten. Also das ist eine Frage, die ja der Sachverständige für Verbraucherfragen sehr stark gemacht hat in seinem Gutachten. Da ist sicherlich Regelungsbedarf. Das gilt übrigens noch weitergehend eigentlich als nur für Produkte. Wer haftet denn dafür, wenn ich beispielsweise falsch gescored werde und aufgrund dessen negativ falsch behandelt werde? Einen Kredit nicht bekomme und sowas. Wer ist dafür verantwortlich? Wer trägt dafür die Verantwortung?

Ich glaube, das Vertrauenssthema hat aber auch eine narrative Ebene. Also wenn die Bundesregierung Startups fördern möchte oder Unternehmen möchte oder Digitalwirtschaft möchte, die sich nicht nur ans Recht halten, sondern das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen, dann muss das auch stärker kommuniziert werden. Dann müssten die Projekte, die im Prototype Fund... Es gibt ja ein kleines Förderprogramm mit acht Millionen Euro glaube ich, wo Technologie gefördert wird, die anders funktioniert, die dem Gemeinwohl dient. Die eben das, was sich unter verantwortungsvoller Datennutzung in dem Eckpunktepapier versteckt, umsetzen. Das müsste noch viel stärker A, Förderung finden und B, aber auch kommuniziert werden.

Der letzte Punkt ist der von mir schon angesprochene. Soll es Vertrauen in die Infrastruktur geben, dann hat der Staat mit seiner Janusköpfigkeit beim Thema IT-Sicherheit tatsächlich ein Problem. Wenn staatliche Stellen Interesse haben, dass die Sicherheitslücken nicht geschlossen werden, gleichzeitig der Staat aber derjenige ist, dem man vertrauen soll, ist es ein unauflösbarer Konflikt, dem man sich trotzdem stellen muss. Entweder, indem man die Kompetenzen in der Bundesregierung neu sortiert oder man gleich auf Maßnahmen wie Staatstrojaner verzichtet und das Recht auf die Vertraulichkeit der informationstechnischen Systeme eben durchgehend achtet.

(Helge Braun) Danke schön. Wir haben eine halbe Stunde. Deshalb, wir haben jetzt schon mal zwei Stimmen aus jedem Bereich zu dem Thema gehört. Ich würde sagen, wenn bei den weiteren Wortmeldungen dazu noch was gesagt werden soll, dann kann das erfolgen. Ich würde aber vielleicht nochmal zwei weitere Fragen nachschieben für die weitere Diskussion. Das eine, was auch sehr aufflackert, ist das Thema Standards. Ich glaube, wo wir einen sehr guten Prozess haben, ist bei Industrie 4.0. Da sitzen alle an einem Tisch und überlegen sich, wie finden hier Standardisierungen statt? Aber wenn wir sozusagen generell in so einer datengetriebenen Welt auch über Qualität reden, über das Zusammenführen von Daten, um daraus Mehrwert zu generieren, dann ist jetzt auch etwas Besonderes, dass wir eigentlich eine gewisse Tradition haben. Wir haben auch eine vielleicht auch typisch deutsche Akribie, dass wir sehr gut strukturierte Datensätze haben, aber in völlig unterschiedlichsten

Standards. Damit sozusagen der Zugang auch erleichtert wird, ist die Frage: Wie optimieren wir die Standardisierung?

Auch noch ein großes Thema. Und da wäre auch die Frage: Welche Rolle würden Sie in dem Bereich dem Staat zumessen? Was müssten wir anschieben? Weil wir in der analogen Welt eine sehr starke industriegetriebene und wirtschaftsgetriebene Standardisierung haben. Aber ich merke das sehr, dass also sowohl aus dem Gesundheitssektor, jetzt neulich war der Landwirtschaftssektor bei mir, dass alle sich sozusagen einen gemeinsamen Standard wünschen, aber irgendwie niemanden entdecken, der die Autorität hat, den zu setzen. Insofern ist das ganze Thema Standardisierung noch eines. Alle die, die auch so ein bisschen den Blick auf den Staat haben: Es ist ja auch sehr viel Kritik hier laut geworden an dem Thema, was wir als Staat bisher an Open Data tatsächlich bereitstellen. Ich glaube erstmal, dass die Kritik grundsätzlich berechtigt ist. Das hat aber zwei Ursachen. Die eine ist, dass manche Prozesse im Staat nicht so digitalisiert sind, dass wir die Datenpools überhaupt bereitstellen können. Das zweite ist, dass wir natürlich da, wo wir eine Aggregation von Daten, die Erfüllung der hoheitlichen Aufgabe gar nicht erfordert, wir nicht nur keine Kultur haben, zu sagen: Wir bereiten die Daten trotzdem weiter auf, weil da noch einiges Nützliches zusätzlich mit passieren kann. Wir haben ja direkt auch rechtliche Schranken in der Frage, dass wir mit den Daten nur das machen, was zweckbestimmt ist. Es ist so, dass wir sehr viel Kosten und Energie aufbringen müssten, gerade, wenn wir jetzt mal über Verkehrsdaten, die nur in Echtzeit interessant sind, einfach für eine Bereitstellung.

Wobei der Staat ja die Frage nur schwer beantworten kann, welches Potenzial jetzt in der wirtschaftlichen Verwertung liegt. Also wir machen das, wenn wir es tun, ja natürlich ein ganzes Stück auch auf Verdacht. Ob Sie da vielleicht Best Practice kennen, Übertragbarkeiten aus dem Unternehmensbereich oder aus internationalen Kontexten, das würde mich nochmal interessieren. Doro, hast du auch noch was, oder? Dann mit dem zusätzlichen Päckchen gehen wir in die nächste Runde. Herr Marquardt wäre dann jetzt mal dran.

(Wolfgang Marquardt) Bei Standards fällt einem natürlich zunächst mal das Thema Austausch ein. Das ist die Basis, auf der man arbeiten muss. Man darf nicht in die Falle laufen, dass man glaubt, ein Weltmodell für die Definition der Austauschformate zu entwickeln. Das wäre der falsche Weg. Auch in sagen wir mal beschränkten Sektoren, also nicht Welt im ganz universalen Sinne. Sondern wenn ich hoheitliche Aufgaben nehme, auch da wäre ein Weltmodell schon viel zu vermessen. Man muss eine Standardisierung in einem Schichtenmodell organisieren, wo man jetzt in kleinen Teilbereichen sich einigt, wie der Austausch organisiert wird. Dann muss das mit Metastandards da drüber wieder zusammengeführt werden. Das vielleicht als Aussage eins. Die zweite: Es ist zu kurz gesprungen, wenn man über sozusagen basale Interoperabilität nachdenkt, um Austausch zu gewährleisten. Ich muss unbedingt Aussagen machen zur Datenqualität und wissen, welche Qualität von Daten ich bei diesem Austausch auch mir hereinhole und auch, welche Daten ich rausgebe.

Damit eng zusammenhängend ist es wichtig, die Nachvollziehbarkeit der Quelle der Daten, die ich mir reinhole, wie auch die Frage des Ziels, wo meine Daten sozusagen hingehen. Da gehört natürlich auch Stichwort personenbezogene Daten dazu, liegen Zustimmungen vor, diese Daten zu nutzen? Weil die Daten ja aus Rechtsräumen kommen könnten, wo es die Regeln, die wir haben, gar nicht gibt. Das Thema Austausch nicht nur zu denken, um es zusammenzufassen auf der basalen Interoperabilität, "die Systeme sollen miteinander reden

können". Nicht zu glauben, dass es einen globalen Standard geben kann. Den dann zu verknüpfen mit Qualitätsfragen und Nachvollziehbarkeit, also Traceability im weiten Sinne der Datenströme sicherzustellen.

(Irene Bertschek) Ja, Sie haben gerade gefragt, welche Rolle der Staat bei der Standardisierung einnehmen soll. Ich habe verfolgt, wie die Plattform Industrie 4.0 gearbeitet hat. Jetzt haben wir den Fall GAIA-X, wo viele Akteure zusammen sind. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass der Staat da eine aktive Rolle einnimmt. Also aktiv, aber gleichzeitig moderierend. Ich glaube, dass es oft schwierig ist, so viele Akteure zusammenzubringen und zu einer guten Lösung zu kommen, wenn diese sich selbst organisieren. Ich glaube, da würde ich den Staat in der Pflicht sehen, eine moderierende, steuernde Rolle einzunehmen. Nicht aber die Lösung sozusagen selbst entwickeln zu wollen.

Der zweite Punkt nochmal, den Sie angesprochen haben: Open Data. Ich glaube, es ist ganz wichtig, also zum Teil. Die Datenschutzgrundverordnung gibt den Forschenden eigentlich mehr Freiheiten als sie die vorher hatten. Also das möchte ich nochmal betonen, dass Daten verknüpfbar gemacht werden, die in unterschiedlichen Bundesbehörden liegen. Entweder durch eine dieser Behörden oder eine neutrale Behörde, die sie verknüpfen. Ich glaube, dass das relativ einfach machbar wäre, ohne weitere gesetzliche Regelungen einzuziehen. Danke schön.

(Frank Karlitschek) Standards sind ein spannendes Thema. Insbesondere, weil es so viele davon gibt. Das ist auch sehr schön. Deswegen weiß ich nicht genau, ob es notwendig ist, weitere zu entwickeln. Aber ich würde zustimmen, dass eine Moderation hier sehr hilfreich ist. Weil es sind ja internationale Themen. Ein deutscher Standard würde auch nicht so viel bringen, sondern das ist ja international. Hier müssen die Daten ja austauschbar sein. Ich finde, eine tolle Rolle für den Staat könnte sein zu moderieren, beispielsweise bei Vergabeverfahren von IT-Projekten. Wenn man sagen würde, Public Money, Public Code, Public Standards. Um das immer wieder fortzuführen, dieses Bild, sagt man: Naja, wenn jetzt hier öffentliche IT-Projekte eingeführt und beschafft werden sollen, dann erfordert man eben, dass die Daten in offenen Standards abgelegt werden und auch austauschbar sind. In der DSGVO gibt es ja diese Data Portability, die teilweise noch nicht wirklich gelebt wird. Aber wenn man sagen würde, das ist sozusagen eine Voraussetzung für öffentliche IT-Projekte, könnte man damit eigentlich einen offenen Markt schaffen. Dann sind alle Teilnehmer in derselben Playing Field und die Daten können dann frei fließen.

(Katharina A. Zweig) Ich würde Sie gerne kurz auf eine Vision mitnehmen, wie ich mir das mit Treuhändern vorstelle. Standardisierung wird an zwei Stellen dabei sein. Ich stelle mir das so vor: Ich bestelle Bücher bei einem großen Onlinehändler. Der braucht meine Daten, um mir das Buch zuzuschicken und um mich bezahlen zu lassen. Aber er muss mir nicht dabei zugucken, welche Bücher ich in den letzten fünf Jahren bei ihm gekauft habe. Das heißt, diese Daten bietet mir der Onlineshop jetzt an. Ich gebe den an meinen Datentreuhänder weiter. Datentreuhänder, das muss ein Markt sein. Das ist keine staatliche Infrastruktur. Aber der Staat beziehungsweise die DIN, der VDE, die immer auch die europäische Sichtweise mit vertreten, normiert die Qualitätssicherung des Prozesses der Datenablage und des Datenzugangs. Natürlich haben die auch Versicherungen abgeschlossen, sodass im Schadensfall, wenn meine Daten deanonymisiert werden beispielsweise hohe Sanktionen möglich sind. Auch wenn der einzelne Nutzer nicht so viel Geld hat, mir das zu bezahlen.

Wir haben also einen Markt, sowohl auf der Versicherungsseite, als auch bei den Datentreuhändern. Die Qualitätssicherung passiert im Prozess durch eine Standardisierung. Ich bekomme jetzt einen Vertrag mit meinem Onlinebuchhändler, denn ich habe meine Daten der Nutzung der Website weitergegeben. Mir kann damit Geld angeboten werden für dies Lernen auf meinen Daten, aber nicht für meine Daten. Meine Daten bleiben bei mir, bei dem Datentreuhänder. Der Onlineshop muss das Dateninterface freigeben. Hier haben wir den zweiten Standard, der nebenbei passiert. Denn in dem Moment, wo das meine Daten sind und der Ersterzeuger dieser Daten oder wir haben die gemeinsam erzeugt, muss sagen, welche Art von Daten das sind, wie die abgelegt sind. Dann können andere Marktplayer mich ebenfalls fragen, ob sie nicht sehen dürfen, was ich in den letzten Jahren gekauft habe. Das ist also eine interne Standardisierung, die gar nicht groß betrieben werden muss, sondern einfach dadurch erzeugt wird, dass das mit zum Vertrag gehört, dass dieses Interface freigegeben wird. Wie gesagt, bei der Nutzung, beim Lernen wird Mehrwert generiert, den wir messen können, den wir besteuern können.

Ganz wichtig für mich, ich habe es vorhin gesagt, die rote Linie ist, dass wir nachher diese Daten zentral doch irgendwie zusammenführen können. Ich möchte einen physischen Stick vielleicht zu Hause haben, vielleicht in meiner Bank, den ich jederzeit rausziehen kann und dann sind meine Daten sofort so verschlüsselt, dass da niemand mehr rankommt bis auf Quantencomputer, wenn die jetzt in den nächsten Jahren zunehmen. Das wäre eine Gesamtvision, die ein bisschen zeigt, wie all dieses ineinandergreifen kann und wie auch Standardisierung von alleine passieren kann.

(Helge Braun) Danke schön, Herr Schneider.

(Jens-Peter Schneider) Wenn ich an Standardsetzung denke, das ist ein altes Thema, das wir schon hatten. Auch im Umweltbereich und anderen Dingen, daher ist die moderierende Rolle richtig. Der Staat kann das nicht selber. Gleichwohl müssen wir ja auch, Thema Vertrauen und Treuhänder, drei Bereiche unterscheiden. Das eine ist die Industrie, das andere ist der Staat in sich. Wie schaffen wir es da eigentlich, Vertrauen zu schaffen?

Ich beschäftige mich viel mit europäischen Informationsnetzen und -systemen. Da ist es nicht trivial, dass ein Mitgliedsstaat Daten weitergibt an den anderen. Das Gleiche gilt in der Bundesrepublik Deutschland. Da muss Vertrauen geschaffen werden, dass man nicht denkt: Eine Bundesland nutzt das am Ende irgendwie und sei es nur reputativ, gegen mich. Dann die dritte Ebene eben, das, was hier viele betrifft, die Zivilgesellschaft, die Einzelnen. Deswegen sind diese Datentreuhänder sehr unterschiedliche Konzepte. Das sollte man nicht alles nach einem Leisten schlagen. Der Leisten sollte auch vielleicht nicht perfekt sein. Wir hatten mal so etwas wie die elektronische Signatur. Da hatte Deutschland eines der weltweit besten Anforderungsprofile. Das hat nur dazu geführt, dass es niemand nutzte. Daher haben wir sie dann wieder abgebaut. Das ist nicht produktiv. Deswegen muss man da sehen, dass man da wirklich mit Experimentierspielräumen geht. Das geht nur, weil es auch um Risiken geht, wenn man gleichzeitig Monitoring betreibt. Deswegen gehört das zusammen und muss mitgedacht werden. Insofern würde ich es dabei jetzt an der Stelle lassen. Danke.

(Helge Braun) Danke. Frau Müller.

(Lena-Sophie Müller) Ich würde gerne noch auf einen Aspekt hinweisen, der auch im Global Risk Report, genannt ist, der gerade veröffentlicht wurde. Nämlich, dass wir eine sehr starke Fragmentierung von Regulierungen, Standards und co haben und die zu einem Risiko

werden. Von daher, wenn Sie mich fragen, was ich mir von der staatlichen Rolle Deutschlands wünsche, sind das vielleicht zwei Aspekte. Der eine ist, dass ich mir den Staat in diesen Bereichen auch ein Stück weit als mein Vordenker wünsche und der schaut, wo er einen Hebel hat, lenkend zu eingreifen. Das muss auf internationaler, teilweise sogar auf supranationaler Ebene passieren. Weil alle diese neuen Technologien, die viele Möglichkeiten schaffen, Face Recognition, Künstliche Intelligenz und co, das ist das, wo auch aktuell die Weichen gestellt werden. Die werden meines Erachtens nicht durch europäische Werte geprägt, sondern durch andere Standards gesetzt. Ich wünsche mir, dass wir da sehr aktiv sind und einen Blick hin haben.

Der andere Hebel ist, dass wir natürlich, dass man mit Standards auch immer eine gestaltende Rolle hat. Damit dann auch zum Beispiel Lizenzstandards schaffen kann und sich überlegen kann: Wenn wir über öffentliche Gelder Daten bereitstellen, über die Systeme trainiert werden, was sind eigentlich die Erkenntnisse, die über diese Systeme erlernt werden? Unter welcher Lizenz liegen die eigentlich? Sollten die nicht dem Gemeinwohl verfügbar gemacht werden? Das sind auch Gedanken, die ich mir wünsche, die sich der Staat in seiner Vordenkerrolle macht.

(Helge Braun) Vielen Dank. Dann gehen wir noch sozusagen... Öffnen wir jetzt mal thematisch, was noch nicht gesagt wurde. Weil in einer Viertelstunde ist unser Treffen zu Ende. Das heißt, famous last words von jedem, der sich noch meldet. Herr Otto.

(Boris Otto) Vielleicht in Ergänzung zu der Standards-Diskussion. Ich glaube in der Tat, der alte Spruch gilt schon: Wir haben viele Standards, das ist das Schöne daran. Für einen Bereich haben wir keine Standards, nämlich für die Regeln, die die Datennutzung bestimmen und festlegen. Um ein paar Beispiele zu geben, solche Regeln sind: Du darfst die Daten nutzen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Du darfst sie einmal lesen oder n-mal lesen. Du darfst sie nicht weiterleiten oder du darfst sie weiterleiten gegen eine gewisse Gebühr. Diese Regeln sind noch nicht standardisiert und auch nicht in einer Form, die maschinenlesbar ist. So was brauchen wir aber, wenn Systeme, autonome Systeme, die Datennutzung verhandeln wollen. Sie könnten eben halt auch Grundlage sein für Datennutzungsverträge. Also das ist ein Bereich, der sehr wichtig ist. Wie gesagt diese Terms and Conditions für Datenökonomie zu standardisieren, das haben wir noch nicht.

Wie sollten wir vorgehen? Wir sollten auf de facto Standards setzen, weil wir damit einfach schneller sind und diese Standardisierung eben halt möglicherweise moderiert durch den Staat, aber im Wesentlichen durch die Akteure vorangetrieben werden sollte. Dann müssen wir eben auch sicherstellen, dass ein Standard nur dann was wert ist, wenn er implementiert wird, wenn er genutzt wird. Deshalb wäre eine Rolle des Staates an dieser Ecke, dass er dann, wenn er als Nutzer auftritt, im Prinzip auch die Einhaltung und die Nutzung dieser Standards tatsächlich einfordert. Damit würde er eine Adaption und eine weitreichende Nutzung befördern.

(Helge Braun) Mir ist gerade noch eine Frage eingefallen, weil es mehrfach angemahnt wurde, dass wir die Portabilität fördern. Wenn der eine oder andere nochmal eine Idee in den Raum wirft, was da das Doing wäre, um das zu schaffen.

(Regina T. Riphahn) Vielen Dank. Ich möchte zuerst zu den Standards reagieren. Als Sozial- und Wirtschaftsforschende ist das Standardisierungsproblem in unseren Daten der Föderalismus. Ich denke, durch die Digitalisierung bekommt das Föderalismusproblem eine

ganz neue Dimension und eine ganz neue Brisanz. In Deutschland hat die KMK beschlossen, wir sollten Schülerkerndatensätze machen. Jedes Bundesland macht, was es will. Ein paar tun es. Ein paar geben sie raus. Die meisten mauern wegen Datenschutz angeblich. Wir brauchen Melderegister, die man in einem Zensus zusammenführt. Jedes Bundesland darf machen, was es will. Österreich ist uns Jahrzehnte voraus. Die Schweiz ist uns Jahrzehnte voraus. Wir hinken hinterher wegen Föderalismus. Die EU sagt uns, wir sollten Lernkarten machen. Jede Gemeinde macht Lernkarten, aber jede in einem anderen Format. Niemand kann mit diesen Daten arbeiten. Immobiliendaten wären so wichtig, um die Märkte für die Wohnungen und die Gebäude zu erforschen. Jeder Gutachterausschuss gibt die Daten in einem anderen Format, die meisten überhaupt nicht raus. Manche geben nur ganz kurz raus und das ist ein großes Problem. B- statt G-Novelle. Man hat sich geeinigt, aber Bayern setzt es nicht durch. Also das ist, glaube ich, ein großer Auftrag auch, der zur Standardisierung dazu gehört: Die Einheiten in Deutschland unter ein Dach zu bekommen.

Schlusswort: Wir haben hier total spannende Dimensionen gehört von aus meiner Sicht drei großen Gruppen: Unternehmen, Sozialwissenschaft, Forschung, wo ich auch Gesundheit und Medizin noch reinbringe, dann Bürger und Konsumenten. Es sind drei Themen, die für alle wichtig sind. Das erste ist Kompetenzen, Literacy, die Nutzungsschere. Da wäre mein Anliegen, dass auch die Kompetenzen in der Verwaltung in den Fokus gehören. Denn das sind die Leute, die die Daten haben, die wir brauchen. Die haben weder Ressourcen, noch Kenntnisse, um sie uns zu geben. Zweites Thema, was uns alle beschäftigt, ist Datenschutz. Hier ist sicher ein großes Thema die Information. Aber ein zweites aus unserer Sicht, ist auch die Gestaltung. Denn es gibt viele Möglichkeiten, die gesetzlich gelten, aber durch willkürliche Akte verhindert werden. Manche Gesetze könnten auch anders geschrieben werden, was den Datenschutz angeht. Da ist sehr viel zu holen, wenn wir hier Verknüpfungen zulassen. Auch was den Föderalismus nachher angeht. Das dritte Thema: Infrastruktur. Da hat jede Gruppe heterogene Bedarfe. Das ist nicht für alle gleich. Für uns ist es ganz wichtig und möglicherweise gar nicht die teuerste Investition, im öffentlichen Bereich nachzurüsten. Denn da würden wenige Ressourcen an Schlüsselstellen reichen, um extrem viel für die Forschung zu bewegen.

Wer sollte das machen? Sie fragten danach: Wer ist der Ansprechpartner? Natürlich in erster Linie der Gesetzgeber für uns. Aber auch auf europäischer Ebene sollten Datenräume geschaffen werden. Das kann für Deutschland ein großer Lernraum sein. Denn in Skandinavien hat man nicht Probleme zwischen Regionen zu lösen. Da fängt man, die Länder zu harmonisieren, dass die Norweger an finnische Daten kommen. Die Schweizer können uns im Zensus voraus sein. Die Österreicher haben in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass sie Datenzentren wollen. Ich glaube, da können wir auch auf europäischer Ebene lernen. Vielen Dank.

(Helge Braun) Weitere Wortmeldungen? Herr Mundt.

(Andreas Mundt) Ich habe jetzt kein furioses Schlusswort. Aber ich sehe das natürlich alles aus dem Blickwinkel möglicherweise einer datengebenden Behörde, wenn ich an das denke, was da ist. Ich würde mir wirklich wünschen, dass der Staat selber seine digitale Kompetenz stärkt. Dass wir als Behörden auch in den Stand versetzt werden, das alles zu tun, was Wirtschaft und Wissenschaft sich beispielsweise bei der Herausgabe und Verknüpfung von Daten wünschen. Ein ganz kurzes Beispiel: Wir bauen gerade im Bundeskartellamt das Wettbewerbsregister auf. Ein Register, wo Unternehmen geführt werden, die sich was haben zuschulden kommen lassen und die vielleicht von öffentlichen Vergabe ausgeschlossen

werden. Das ist nichts anderes als ein unglaublich großes IT-Projekt. Wir arbeiten mit den Stellen, die der Bund uns zur Verfügung stellen kann als Dienstleister, Bundesstellen, hervorragend zusammen.

Ich kann Ihnen aber versichern: Es ist immer wieder ein harter Kampf um Ressourcen, um Priorisierungen und andere Dinge. Ich glaube, viele Behörden brauchen hier Unterstützung, weil es gilt, Firewalls zu umgehen, um diese Daten rausgeben zu können. Es gilt, Sicherheit von Daten zu gewährleisten. Das ist für nicht so große Behörden nicht so einfach. Da brauchen wir einfach einen ganz starken Dienstleister. Wir auf Bundesebene. Ich kann mir vorstellen, dass die Situation in den Ländern sicher nicht besser ist. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo Sie mit sehr konkreten Mitteln wahrscheinlich sehr viel bewirken könnten, indem Sie staatliche Stellen besser in die Lage versetzen, sich zu digitalisieren. Ich will mich nicht beschweren. Es funktioniert gut. Aber mehr Ressourcen wären sicher hilfreich, auch für andere.

(Thani Shamsi) Ich glaube, wenn wir an... Wenn ich an Datenstrategie denke oder wenn ich an meine eigene Unternehmensstrategie denke, denke ich immer an die Dinge, die ich direkt beeinflussen kann. Weil das kann ich am einfachsten umsetzen. Die Wirtschaft organisiert sich meistens relativ selbst sehr gut, was Datenstandards oder generell Standards angeht. Das ergibt die Zeit von alleine. Ich kann nur zustimmen, dass der Staat auch bei sich selbst die Vorreiterrolle übernehmen kann und anfangen kann, noch stärker radikal transparent mit eigenen Daten umzugehen. Sei es jetzt Unternehmensregister oder auch andere Registerdaten. Eigene Standards auch zu setzen, einfach, das durchzuführen. Die Daten, die der Staat sammelt oder auch auf denen der Staat sitzt, verfügbar zu machen und nicht nur...

Immer wenn wir über Open Data und über Open Data Portale sprechen, dann denken die Menschen: Man muss die Daten auf ein Portal schieben, dann ist die Arbeit getan. Das ist nicht der Fall. Was unsere Kunden uns zum Beispiel mitteilen: Sie nutzen sehr ungern Open Data, weil sie dafür keinen kommerziellen Support erhalten. Weil sie nicht wissen: Bleibt das da? Ist das für immer da? Oder ist das irgendwann weg? Deswegen gehen sie dann doch lieber zu kommerziellen Datenanbietern, die irgendwie über Umwege diese Daten dann auch beschaffen. Ich glaube, von der Sichtweise aus gibt es eine gewisse Verantwortung des deutschen Staates, sich als Datenanbieter oder als eine Art Datenagentur auch zu sehen. Unternehmen zum Beispiel dabei zu unterstützen, an Open Data ranzukommen und kommerziell umzusetzen.

(Helge Braun) Also diese Verlässlichkeitsversprechen, was dauerhafte Anbindung angeht, das ist auch ein wichtiger Punkt. So, jetzt Frau Zweig.

(Katharina A. Zweig) Ich würde gerne darauf zurückkommen, was Herr Marquardt anfangs sagte. Ich glaube, es ist Zeit, dass wir uns den Stack jetzt wirklich mal angucken, den Technologiestack. Wenn wir das konsequent tun und sehen, wo die Technologien schon da sind, im Moment wirkt vieles alternativlos, und das ist nicht der Fall. Das dezentrale Lernen würde viel bringen. Die Portabilität haben wir gleich mit erledigt. Denn ich bekomme ja meine Daten, wie ich bei dem Onlinebuchhändler jetzt herumgesurft bin. Das heißt, Portabilität ist von Anfang an da.

Deswegen, mein Plädoyer jetzt als flammendes Schlusswort wäre: Gucken, dass wir ins Going kommen, dass wir in die Praxis kommen. Sehen, wo Technologie da ist, die wir jetzt

schon nutzen können, die europäische Werte quasi mittransportiert, die viele der offenen Fragen erledigt und die Punkte zu identifizieren, wo noch weiterer Forschungsbedarf da ist. Aber ich glaube, diese Diskussion der Alternativlosigkeit ist vorbei, wenn wir diese Services wollen, dann müssen wir eben damit leben, dass unsere Daten zentral gesammelt werden. Jetzt müssen wir gucken, wie wir es umgesetzt bekommen.

(Helge Braun) Danke. Herr Peylo.

(Christoph Peylo) Danke. Wir haben sehr viel über interessante Anwendungen gesprochen und Möglichkeiten, die wir auf Anwendungen haben. Ich möchte als Schlusswort nochmal den Punkt der digitalen Infrastruktur in der Wichtigkeit hervorheben. Das heißt also, auch wenn wir versuchen, auf der Anwendungsebene Standards zu setzen und zu regulieren, wenn wir nicht die darunter liegenden Ebenen im IT-Stack auch beherrschen: Netzebene, Systemebene, Protokollebene, dann kann das auch alles sehr leicht umgangen werden. Deshalb als Plädoyer würde ich sagen wirklich: Es kommt auf eine Stärkung vertrauenswürdiger, digitaler Infrastruktur an. Mit Stärkung meine ich eben, dass wir auch die Kompetenz haben, diese weiterzuentwickeln und auch wirklich in der Tiefe zu verstehen. Weil diese digitale Infrastruktur und die Kompetenz, die damit verbunden ist, das ist die *conditio sine qua non* zu einer funktionierenden Datenökonomie. Vielen Dank.

(Helge Braun) Herr Post.

(Peter Post) Gerade aus der Erfahrung der Plattform Industrie 4.0 muss man aus der Beobachtung sagen: Eine der größten Stärken des deutschen Standortes ist, dass wir es schaffen, über die Institutionengrenzen gemeinsam große Dinge zu bewegen. Hier kann es, gerade wenn wir über dieses Thema Standardisierung reden, ist es erforderlich, das Commitment vieler Akteure herbeizuführen. Das führt schlicht und ergreifend zu Rahmenbedingungen, Rahmensetzungen, die durch die Politik sehr stark stabilisiert und unterstützt werden können und moderiert werden können. Damit die Akteure sich an der Stelle gemeinsam in diesem Thema treffen und diese Konzepte gemeinsam entwickeln, um sie dann hinterher auch anzuwenden und umzusetzen. Also ein ganz klares Plädoyer hier zur Zusammenarbeit in der gemeinsamen Entwicklung von Standards, denn nur gemeinsam geht es. Aber auch gleichzeitig dann das Durchhaltevermögen zu haben. Nicht von der politischen Seite diese Themen, die einige Zeit dauern, schnell wieder unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen und Tagesthemen mehr oder weniger zu vergessen. Also eine gewisse Stabilität hier an dieser Stelle auch vorzuhalten, vorzusehen.

(Helge Braun) Vielen Dank. Wir haben jetzt 12:28 Uhr. Deshalb wäre mein Vorschlag, dass wir an der Stelle die Runde beschließen. Für alle diejenigen, die hier sind, heißt das aber noch nicht, dass alle Diskussionen jetzt zu Ende sein müssen. Wir würden Sie gerne einladen, hier, wenn man aus dem Saal rausgeht, auf der rechten Seite vor unserer Kanzlergalerie noch ein bisschen zusammenzustehen und weiter zu diskutieren. Das würde uns jedenfalls erfreuen. Dann kann man das eine oder andere auch nochmal im bilateralen Gespräch vertiefen. Ja, ansonsten bedanke ich mich auch bei denen, die uns von außerhalb zugeschaut und zugehört haben und schließe das wirklich mit dem ganz herzlichen Dank, dass Sie sich alle so intensiv auch vorbereitet haben, uns auch viel Expertise schon zugeleitet haben und auch für Ihre Wortmeldungen hier heute. Das ist für uns ein sehr, sehr wichtiger Start in diesen Prozess für die Datenstrategie. Auch die einzelnen Häuser werden weitere Aktivitäten machen. Der eine oder andere von Ihnen wird sicherlich auch nochmal mit Spezialexpertise gefragt werden, sodass wir dann für Deutschland eine gute

Datenstrategie hinbekommen. Das war aus meiner Sicht ein super Auftakt. Ich denke, wir bedanken uns gemeinsam für Ihr Kommen und noch einen schönen Tag.